

Häufigkeit 55 Pf., monatlich 1,50 M.
im voraus zahlbar, Postzusatz 4,25 Pf.
einschließlich 50 Pf. Postgebühren- und
77 Pf. Postgebühren. Ausland-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich
zweimal, Sonn- und Feiertage
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Ausland mit dem Titel „Der
Abend“, „Wirtschaftliche Welt“, „Friede
und Fortschritt“, „Wirtschaft“, „Friede
und Fortschritt“, „Friede und Fortschritt“, „Friede
und Fortschritt“, „Friede und Fortschritt“, „Friede
und Fortschritt“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvention
des Reichstages, die am 1. März
1929 in Berlin abgeschlossen
wurde, ist ein wichtiger Schritt
in der Entwicklung der
deutschen Demokratie.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köhnke 392-397 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Bankkonto: Berlin 87556. — Sparkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Berlin, 65. Diskontogesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 2

Der britische Wahlkampf beginnt.

Die Arbeiterpartei alarmiert ihre Ortsgruppen.

London, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Die Zeitung der Arbeiterpartei ist zu der Auffassung gelangt, daß die Regierung beabsichtigt, die ursprünglich für Juni geplante Neuwahl des Unterhauses schon für die erste Hälfte des Mai auszuschieben. Der Ministerpräsident dürfte unter dem Eindruck der jüngsten Wahlsiege der Arbeiterpartei von jeder Verzögerung der Wahl eine Verschlechterung der Regierungsaussichten befürchten, so wie, daß jeder Tag der Opposition neue Wähler zutreibt. Die Exekutive der Arbeiterpartei hat daher die Ortsgruppen der Partei durch Rundschreiben aufgefordert, ihre Vorbereitungen für die Neuwahl aufs äußerste zu beschleunigen. Die Exekutive beschloß ferner, die traditionell jeder Wahlkampagne vorausgehende Versammlung in der Albert Hall zu London am 27. April abzuhalten, wobei Ramsay MacDonald den Wahlkampf rednerisch eröffnen wird. Sämtliche Wahlvorbereitungen der Arbeiterpartei sind weit vorgekommen. Wie aus einem Bericht des Parteipräsidenten Morrison an die Exekutive hervorgeht, werden 581 sozialistische Kandidaten aufgestellt werden.

Die Konservativen, denen riesige Geldmittel zur Verfügung stehen, haben bereits seit einigen Wochen den Wahlkampf mit großer Energie aufgenommen, die Liberalen treten am Freitag mit einer martialischeren angekündigten Rede Lloyd-Georges vor 400 Parlamentskandidaten auf den Plan. Eine bombastische Ankündigung des liberalen Hauptquartiers kann nur so verstanden werden, daß Lloyd-Georges eine grundsätzliche Erklärung zu der, durch widersprechende Äußerungen Sir Herbert Samuel äußerst verwirrenden Koalitionsfrage geben wird. Mit dieser Aktivität aller drei Parteien ist der Wahlkampf in sein erstes wichtiges Stadium getreten.

Bündiges Dementi im Unterhaus.

Weder Militärabkommen noch Besprechungen.

London, 27. Februar. (Eigenbericht.)

In Vertretung des erkrankten Außenministers Chamberlain beantwortete Staatssekretär Loder Lampson die Fragen des Abg. Wedgwood (Arbp.) über die französisch-belgische Militärkonvention von 1920 und die angeblichen britisch-französisch-belgischen Generalstabsverhandlungen von 1927.

Loder Lampson betonte zunächst, daß der Text der Note zwischen Belgien und Frankreich vom 7. September 1920, als deren Zweck „Verstärkung der Friedens- und Sicherheitsgarantien des Völkerbundesstatuts“ angegeben sind, am 4. November 1920 beim Völkerbund registriert worden sei. Er (Loder Lampson) habe keine Gelegenheit gehabt, den Text dieser militärischen Abmachung, der „natürlich nicht veröffentlicht worden ist“, einzusehen. Er habe auch von der angeblichen späteren Auslegung dieses Abkommens keine Kenntnis. Großbritannien und Belgien hätten, abgesehen vom Locarno-Vertrag, keinerlei Abkommen geschlossen, das irgendeine militärische Verpflichtung enthalte. Es existierten auch keine militärischen Abmachungen zwischen dem britischen Generalstab und demjenigen irgendeines fremden Landes. Derartige Fragen habe kein britischer Militärattaché in Brüssel auch nur im Rahmen einer Diskussion niemals berührt.

Abg. Wedgwood fragte hierauf: Dürfen wir aus dieser, uns erheblich beruhigenden Antwort den Schluß ziehen, daß feinerlei militärische Besprechungen zwischen Frankreich und Belgien erfolgen werden, die nicht auch mit Deutschland geführt werden, so daß unsere Verpflichtungen aus dem Locarno-Pakt genauestens eingehalten sind?

Loder Lampson: Ich kann versichern, daß wir nichts tun werden, was dem Locarno-Pakt zumiderläuft.

Dann fragte Abg. Kenworthy (Arbp.) nach dem verbotenen Zeppelinflug über Ägypten. Loder Lampson teilte mit, daß das deutsche Außenministerium am 12. Februar sich inoffiziell nach der Stellung der britischen Regierung zu diesem Flug erkundigt habe. Chamberlain habe nach Beratung mit dem Außenminister und dem obersten Kommissar von Palästina den Berliner Botschafter dahin instruiert, dem deutschen Außenministerium mitzuteilen, daß Großbritannien gegen diesen Flug sei. Abg. Kenworthy fragte hierauf, warum Großbritannien gegen den Flug, der doch offenbar experimenteller Natur gewesen wäre, sei.

Loder Lampson antwortete, daß zwischen Großbritannien und Ägypten ein Abkommen bestehe, wonach Luftschiffe über ägyptischem Territorium lediglich auf Grund des Einverständnisses beider Länder fliegen dürfen. Auf eine Frage, ob diese Antwort Großbritanniens nicht die deutsch-englischen Beziehungen bedrohen würde, wiederholte der Staatssekretär, daß ein solcher Flug lediglich auf Grund eines Abkommens Ägypten-Großbritannien möglich sei.

den anderen Parteien gegenüber durchzusetzen, steht ebenfalls fest.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags nahm am Mittwochabend den Bericht ihres Vorsitzenden Stegerwald über dessen Unterredung mit Reichskanzler Müller ohne Aussprache zur Kenntnis.

An der für Donnerstag vorgesehenen interfraktionellen Besprechung beim Reichskanzler wird sich das Zentrum zunächst nicht beteiligen, da es der Auffassung ist, daß vorher eine Klärung der Lage zwischen den zurzeit hinter der Regierung stehenden Parteien erfolgen muß.

Poincaré sucht eine Mehrheit.

Man will ihn vorläufig nicht stürzen.

Paris, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Poincaré scheint das lebhafteste Bedürfnis zu empfinden, nach vor der gefährdeten Debatte über die Kongregationen — die Regierung hat sie auf den 7. März festgesetzt — eine Klärung der Lage des Kabinetts herbeizuführen. Der Ministerpräsident, der gelegentlich recht unwillig über indirekte Anfragen und Interpellationen sein kann, ist heute selbst auf der Suche nach einem Interpellanten. Wie seine Umgebung berichtet, hofft er bei einer Abstimmung im Anschluß an die gewünschte Interpellation seine alte Mehrheit von 60—70 Stimmen wiederzugewinnen. Die Annahme liegt auf der Hand, daß er auch diesmal wieder darauf rechnet, eine Reihe radikaler Stimmen für sich zurückzugewinnen und so die Radikalfazialen auf neue zu spalten. Eine solche Spekulation kann sich insofern als richtig erweisen, als die Radikalfazialen sehr geneigt sind, die Verantwortung für eine Regierungskrise zu übernehmen und eine starke Richtung innerhalb der Partei dafür eintritt, dem Kabinett bis zur Beendigung der Reparationsverhandlungen eine Schonfrist zu gewähren.

Kranz der Reichsregierung am Grabe Friedrich Eberts. Am 28. Februar wird im Auftrag des Reichskanzlers der Präsident des Landesfinanzamtes Karlruhe, Stamer, wie in den Vorjahren am Grabe des Reichspräsidenten Ebert anlässlich der Wiederkehr seines Todestages namens der Reichsregierung einen Kranz mit schwarzrotgoldener Schleife niedergelegt.

Opposition als Schiedsrichter?

Die Anträge der Volkspartei.

Von Hugo Heimann.

In Deutschland kann erst seit dem 19. Jahrhundert von einem Budgetrecht gesprochen werden. Die Verhältnisse in den einzelnen Ländern entwickelten sich verschieden. In Preußen, das bis zum Jahre 1848 eine ständische Monarchie bildete, war geltendes Recht alles, was sich auf den Willen des Königs zurückführte. Er nur hatte das Recht, die Personen, ihre Gewerbe, Produkte oder Konsumtion mit Abgaben zu belegen. Dieses Recht wurde in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts mehrfach eingeeignet. Aber erst nach der Revolution trat Preußen in die Reihe der konstitutionellen Staaten ein und gab in der Verfassungsurkunde u. a. auch dem Budgetrecht des Landtages gesetzliche Grundlage.

Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 hat die preussischen Verfassungsbestimmungen teils wörtlich, teils mit den durch die Struktur des Reiches bedingten Änderungen übernommen. Es wurden indessen nur einige grundsätzliche Bestimmungen des Haushaltsrechts geregelt. Die als Ergänzung und als Ausführungsverordnung gedachte und alsbald in Angriff genommene Reichshaushaltsordnung konnte nicht zustande gebracht werden. Alle Entwürfe blieben unverabschiedet liegen, da man über wesentliche Punkte, Stellung des Kaisers, des Reichskanzlers, des Rechnungshofs usw., sich nicht einigen konnte. Die Revolution mußte auch hier erst die Bahn frei legen. Ohne Mühe wurden in Weimar die grundlegenden Bestimmungen über das Budgetrecht des Reichstages in der Verfassung festgelegt. Darüber hinaus gelang es, die Reichshaushaltsordnung aufzustellen und bis zum Dezember 1922 durchzuführen. In sechs Abschnitten mit zusammen 132 Paragraphen enthält dieses Gesetz eine sorgfältige Kodifikation des deutschen Reichshaushaltsrechts, das in seinen Grundzügen sich bewährt hat.

Es belagt nichts gegen diese Grundzüge, das bei dem schnellen Fluß und Wandel aller Verhältnisse in Deutschland bald hier und da Änderungen des Gesetzes wünschenswert, bald hier und da Lücken fühlbar werden. Die sozialdemokratische Kritik im Haushaltsausschuß gab den Hauptanstoß zur Aufdeckung solcher Unvollkommenheiten und zu dem Verlangen, das Gesetz der fortgeschrittenen Praxis anzupassen. Auch der erste schriftliche Bericht des neuen Rechnungsunterausschusses formulierte nach dieser Richtung auf Grund seiner eingehenden Beratungen verschiedene sehr beachtliche Wünsche.

Der Kritik im Haushaltsausschuß wurde zu einem Teil und als Zwischenlösung Rechnung getragen dadurch, daß entsprechende neue Bestimmungen in den Etatsgesetzen für 1927 und 1928 aufgenommen wurden. Andere Änderungswünsche blieben zurückgestellt bis zu einer Revision der Reichshaushaltsordnung. Reichsfinanzminister Dr. Hilferding ist nun bestrebt gewesen, der steigenden Beachtung und Bedeutung gerecht zu werden, die alle Staatsfragen und das Haushaltsrecht jetzt finden. Er legte mit dem Haushaltsplan für 1929 den gegebenden Körperschaften den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Reichshaushaltsordnung vor, der 31 Änderungen vorsieht. Der Entwurf berücksichtigt zu einem Teile sowohl die parlamentarische Kritik am Haushaltsrecht, wie auch die Anregungen, die auf der Salzburger Tagung des Deutschen Juristentages bei Beratung der Frage gegeben wurden, ob es sich im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft empfiehlt, die bestehenden Grundzüge über die Bewilligung der Einnahmen und Ausgaben für den Reichshaushalt zu ändern.

Im Gesetzentwurf werden nur solche Abänderungen vorgeschlagen, über die im Reichstag größere Meinungsdivergenzen nicht zu erwarten sind. Leider bleibt der Entwurf auf halbem Wege stehen bezüglich der Einengung und Streichung von „Ermächtigungen“, die die Klarheit des Etatsbildes trüben, die parlamentarische Kontrolle erschweren oder unmöglich machen und in der Vergangenheit wiederholt zu Vorkommnissen geführt haben, die von keiner Partei gebilligt werden. Grundlegende Änderungen des bestehenden Budgetrechtes werden gleichfalls nicht vorgeschlagen. So wird auch der vom Ministerialdirektor Prof. Dr. Dorn in seinem ausgezeichneten Gutachten für den Juristentag gemachte Vorschlag des „Ausgleichs-antrags“ als noch nicht nach jeder Richtung hin so geklärt und erprobt bezeichnet, daß er als dauernder Bestandteil in das deutsche Haushaltsrecht übernommen werden könnte. Die budgetrechtlichen Anträge der Deutschen Volkspartei werden, auch in der allgemeinen Begründung, nicht erwähnt. Der Inhalt der Vorlage wird somit zu erheblicheren Beanstandungen kaum Anlaß geben. Um so mehr wohl das, was nicht darin enthalten ist.

Als Beispiel dazu kann der Auffaß angesehen werden, den der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Zapf vor kurzem in der „D.Z.“ gegen die Dorn'schen Ausführungen und gegen die Stellung der Sozialdemokratie zum bestehenden Budgetrecht veröffentlicht hat. Diese Stellung geht dahin, daß die

Es wird verhandelt...

Aber es geht nicht vom Fleck.

Der Reichskanzler hat am Mittwoch der Reihe nach die Herren Stresemann und Scholz von der Volkspartei und die beiden Zentrumsführer Raas und Stegerwald empfangen. Die Unterredung mit den Volksparteilern hatte in der Hauptsache eine Klärung über den Sinn der Entschließung des Zentralvorstandes zum Zweck. Soweit man hört, hat Herr Scholz den Beschluß dahin ausgelegt, daß die Volkspartei im Reich eine fraktionelle Bindung nur eingehen wolle, wenn zuvor eine Verständigung über ihre bekannten Forderungen zum Reichshaushalt 1929 erfolgt sei. Das Zentrum vertritt den Standpunkt, daß es in die Regierung nicht zurückkehren könne, wenn eine feste Bindung der Koalitionsparteien nicht erfolge. Es hegt im übrigen genau wie die Sozialdemokratie starke Zweifel über die Zweckmäßigkeit einer Durchberatung der volksparteilichen Etatforderungen vor der Schaffung einer festen Koalition.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt zu der Entschließung des Zentralvorstandes der Volkspartei: „Nach dem Verlauf der Aussprache, dem Sinn und Wortlaut der Entschließung steht fest, daß die volksparteiliche Reichstagsfraktion jede politische Regierungsfreiheit bezieht. Die Reichstagsfraktion kann sich an fraktionemäßig gebundenen und nicht gebundenen Regierungen beteiligen. Die jährlichen Voraussetzungen, an die die Partei ihre erfolgreiche Mitarbeit in der Großen Koalition gebunden sieht, sind von der Reichstagsfraktion selber formuliert und vom Zentralvorstand übernommen worden. „Der Zentralvorstand“ so heißt es in der Entschließung, „weicht sich angesichts der Überlastung des deutschen Volkes mit Steuern und anderen Lasten, die das Maß des Erträglichsten bereits überschritten haben, einig mit der Reichstagsfraktion, daß die Belastung aller Erwerbsstände nicht weiter gesteigert werden darf, dann aber rasch und fühlbar gelindert werden muß. Ebenso notwendig ist die Inangriffnahme einer umfassenden Reichs- und Verwaltungsreform und die Weiterverfolgung der verfassungsrechtlichen Anträge der Reichstagsfraktion.“

Dieser Standpunkt wird für die Reichstagsfraktion maßgebend bleiben. Doch es ihr aber nicht leicht sein wird, ihn

Sozialdemokratie unter den in Deutschland gegebenen politischen Verhältnissen für die Führung einer verantwortungsvollen Finanzpolitik wenig oder gar nichts von äußeren in das Budgetrecht einzufügenden Bindungen oder Hemmungen, aber alles von der Selbstverantwortung des Parlaments und der Verantwortungsbereitschaft der Regierung erwartet. Auch Dr. Dorn nimmt in seinen eingehenden Darlegungen „die Schärfung der Selbstverantwortung des Parlaments“ als Ausgangspunkt für seinen, im Grundsatz daher nicht abzulehnenden, Vorschlag des „Ausgleichsantrags“. Als Dritter im Bunde tritt — erfreulicherweise — neuerdings auch der frühere demokratische Reichsfinanzminister Dr. Reinhold solchen Anschauungen bei. In der Reichstagsitzung vom 10. Februar 1926 hatte er noch ausgeführt:

„Auch wir werden zu der in England befolgten Praxis kommen müssen, daß Erhöhungsbeschlüsse nur im Benehmen mit der Regierung gefaßt werden und nur in Wirksamkeit treten können, wenn weitere Beschlüsse über eine entsprechende Einnahmeerhöhung vorliegen. Das wird ein unumgänglicher Grundgedanke der Praxis und des Budgetrechts werden müssen, der auch gesetzlich festgelegt werden muß.“

Am 13. September 1928 schließt er aber einen längeren Aufsatz in der „Voss. Zeitung“ über Änderungen des Etatsrechts wie folgt:

„Ich komme deshalb zu dem Schluß: Gesetzliche Maßnahmen, durch die Ausgabeerhöhungen erschwert werden, sind wünschenswert, aber nicht entscheidend. Entscheidend ist der Wille des Parlaments, die Finanzen gesund zu erhalten und das Verantwortungsbewußtsein des Finanzministers, zu diesem Zweck das volle Gewicht seiner Person und seines Amtes zu jeder Stunde, die es nötig macht, in die Waagschale zu werfen.“

Der sozialdemokratischen Auffassung tritt nun in dem erwähnten Aufsatz der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Zapf mit der überlegen-ironischen Frage entgegen, ob es denn nicht bekannt sei, daß es „der Selbstverantwortung des Parlaments gelingen ist“, die Reichsausgaben von Jahr zu Jahr um rund 1 Milliarde zu steigern, und daß jetzt schon wieder hunderte von Anträgen auf Ausgabeerhöhungen vorliegen. Diese Tatsachen sind der Sozialdemokratie nicht unbekannt. Es ist ihr auch bekannt, daß unter den neuen Anträgen sehr viele mit sehr hohen Anforderungen von der Deutschen Volkspartei gestellt sind, und daß die Deutsche Volkspartei und die von den bürgerlichen Parteien gestellten Regierungen alle erhöhten Ausgabebewilligungen der letzten Jahre gebilligt und gedeckt haben. Es ist der Sozialdemokratie des ferneren bekannt, daß zahlreiche Ausgabeerhöhungen von den bürgerlichen Regierungen der letzten Jahre vorgeschlagen und durchgeführt worden sind.

Gänzlich unbekannt ist der Sozialdemokratie aber, wie diese von ihr nicht verschuldeten Verhältnisse durch die neuen volksparteilichen Anträge und das Alibi-Mittel der Zweidrittelmehrheit in Zukunft grundlegend gebessert werden sollen. Die volksparteilichen Anträge wollen bekanntlich die Erhöhung oder Neueinsetzung von Ausgaben an die Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats binden, die fehlende Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats kann ersetzt werden dadurch, daß der Reichstag in nochmaliger Beratung mit Zweidrittelmehrheit seinen ersten Beschluß aufrechterhält. Wie nun die von Herrn Dr. Zapf geschilderten und beklagten Verhältnisse durch seinen Antrag gebessert werden können, darüber besagt sein Aufsatz nur, daß die Anträge bezwecken, „der Regierung die Möglichkeit zu schaffen, ungehemmt durch die heute möglichen und üblichen Fallstricke und Volksgruben zu arbeiten und zu kämpfen“. Der Reichstag zählt zurzeit 13 Parteien! Es ist in diesen Spalten wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die volksparteilichen Anträge nicht viel nützen und nicht viel schaden können, wenn die Regierungsparteien selber über die qualifizierte Mehrheit verfügen. Besitzen sie diese Mehrheit nicht — und diesen Fall haben die Anträge doch in erster Reihe im Auge —, so bedarf es wahrlich auf Seiten der Oppositionsparteien keines besonderen Geschicks, um aus den volksparteilichen Anträgen neue Fallstricke für die Regierung und die Regierungsparteien zu knüpfen.

In jedem Fall aber bedeutet, um mit Worten von Dr. Dorn zu schließen, „die Einschaltung der Zweidrittelmehrheit, die nicht in der Hand der Regierungsparteien ist, nichts anderes, als daß die Opposition zum Schiedsrichter zwischen Regierung und Regierungsparteien aufgerufen wird“. Ein Ergebnis, das die volksparteilichen Anträge sich kaum zum Ziel gesetzt haben dürften.

Für die älteren Angestellten.

Notwendige Hilfsmassnahmen.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages berichtete Abgeordneter Kuffhäuser (Soz.) als Vorsitzender des Unterausschusses zum Schutz der älteren Angestellten über dessen Beratung. Der Unterausschuss hat sich in einer Generaldebatte mit den zahlreichen Vorschlägen, wie Einstellungszwang von älteren Angestellten, Meldepflicht offener Stellen, Verbot der Chiffre-Anzeigen, Beschränkung der Lehrlingshaltung, Ausbau des Kündigungsschutzgesetzes, Rechtsförmlichkeit der Pensionsangelegenheiten usw. befaßt und dazu die Erklärungen der Reichsregierung entgegengenommen. Dieser große Komplex arbeitsrechtlicher Fragen werde im Unterausschuss weiter behandelt, sobald die einzelnen Fraktionen Stellung genommen haben. Um jedoch den älteren Angestellten sofort zu helfen, habe Kuffhäuser dem Unterausschuss den Vorschlag gemacht, zwei dringende Reformen der Angestelltenversicherung sofort zu entscheiden. Der Unterausschuss hat auch entsprechende Beschlüsse gefaßt. Er schlägt vor: 1. die Wartezeit in der Angestelltenversicherung von 120 auf 60 Beitragsmonate zu verkürzen, 2. die Altersrente nach Vollendung des 60. Lebensjahres zu gewähren, wenn der Beschäftigte seit mindestens einem Jahr arbeitslos ist und ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung nicht mehr besteht. Kuffhäuser empfiehlt dem Vollausschuss, über diesen Teilbericht des Unterausschusses sofort zu entscheiden, damit die dringende Herabsetzung der Altersgrenze, die zunächst bis zum Jahre 1933 gesetzlich eingeführt werden soll, noch zum 1. März 1929 in Kraft gesetzt werden kann.

In der Debatte wurde der Antrag des Unterausschusses von Frau Leusch (Zentrum) lebhaft befürwortet. Frau Krensch (KPD.) erklärte sich ebenfalls für den Antrag, wenn dadurch die grundsätzliche Entscheidung über eine allgemeine Herabsetzung der Altersgrenze nicht vorweggenommen werden soll. Abg. Schwarzer (Bayer. Volksp.) stimmt gleichfalls zu, dagegen ergingen sich die Abgeord-

Nationalistensturm gegen Severing

Reudells Stahlhelmerie im Haushaltsauschuß.

In der Mittwochssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde die Beratung des Nachtragsetzes zum Reichsinnenministerium in zweiter Lesung fortgesetzt. Die Genossin Bohm-Schuch bedauerte, daß sie seinerzeit dem Antrag zugestimmt habe, die Frage der Beamtinnen in den Unterausschuß zu überweisen. Was jetzt bezüglich dieser Frage geschehen solle, sei eine

Entrechtung der weiblichen Angestellten.

Das Recht auf Gleichstellung der weiblichen Arbeitskraft mit der männlichen, die die Verfassung gewährt, würden die Frauen sich nicht nehmen lassen. Auf die psychologische Gleichheit komme es nicht an. Genossin Steinbock interpretierte den Beschluß des Unterausschusses bezüglich der weiblichen Beamten dahin, daß diese Entschließung zwar für die Zukunft Richtlinien für die Uebernahme von Frauen in das Beamtenverhältnis fordere, daß sie aber nicht den ersten Schritt zur Lösung dieser Frage durch Uebernahme bestimmter weiblicher Angestellten in das Beamtenverhältnis verhindern wolle.

Abg. v. Reudell (Dnat.) erklärte, daß die Einrichtung einer kommunalpolitischen Abteilung beim Reichsministerium von seiner Partei abgelehrt werde. In der Titel- und Ordensfrage sei der Minister Bayern gegenüber psychologisch nicht richtig verfahren. Das bringe eine neue bedauerliche Verschärfung zwischen Reich und Bayern. Der Redner kam sodann auf die gestrigen Erklärungen des Ministers über den „Stahlhelm“ zurück, und forderte nach den neuesten Erklärungen der Stahlhelmführer, daß die Beamten, die im Stahlhelm sind, genau so behandelt werden, wie diejenigen, die sich nicht im Stahlhelm befinden. Morozowicz habe nur dem „System des schrankenlosen Parlamentarismus“ den Krieg erklärt, nicht der Verfassung und dem Reich. Bei der Uebernahme seines Amtes solle der Reichsinnenminister erklärt haben, daß er von seinen Beamten nicht nur die Beachtung der herkömmlichen beamtenmäßigen Verpflichtungen fordere, sondern auch die Liebe zur heutigen Staatsform. Das bedeute für wertvolle Beamte einen schweren Gewissenstest. Mit dieser Forderung gehe der Minister über die Verfassungspflichten hinaus. Auch Hans Debrück habe erklärt, daß Liebe nicht befohlen werden könne.

Reichsinnenminister Severing erwiderte, er habe auf die fremdbildige Begrüßungsansprache des Staatssekretärs, der betonte, daß alle Beamten des Ministeriums loyal auf dem Boden der Verfassung ständen, wohl hinzugefügt, von den Beamten des Verfassungsministeriums müsse er mehr als eine formale Haltung zum neuen Staat erwarten. Was den Stahlhelm betreffe, so habe sich Herr Morozowicz nicht nur gegen die Auswüchse des Parlamentarismus gewandt, sondern weiter ausgeführt, daß er diesen Staatsaufbau mit seinem Inhalt und seinen Formen habe. Man kann gewiß auch als Berschwörer Liebe zum Vaterland haben, aber die Liebe, die z. B. die Herren Kopp und Lüttwich 1920 betätigt hätten, sei doch immerhin

etwas eigenartig und diene den Interessen des Landes nicht. (Rechts große Unruhe und Zurufe: Und 1918?) Die Männer von 1918 haben das Vaterland gerettet. Die Regierung wird und muß darauf halten, daß der Eid, den die Beamten der Republik geleistet haben, gehalten wird, und er stellt fest, daß auch die beiden berufenen Führer des Stahlhelms sich nunmehr dazu bequamen haben. Sie haben zwar gelagt, sie ständen in Opposition, zugleich aber betont, daß der Stahlhelm nur auf legalem Wege seine Ziele verfolgen würde. Er freue sich über diese Erklärung, könne aber die Bemerkung nicht unterdrücken, daß diese Erklärung in striktem Gegensatz stehe zu Kundgebungen, die von Stahlhelmführern in ganz Deutschland geäußert worden sind. Er werde in dem Augenblick, wo eine Diskrepanz zwischen diesen Erklärungen und dem Verhalten von Beamten sich ergeben wird, gegen alle Beamten vorgehen, die sich dessen schuldig machen. Die neuesten Erklärungen der beiden Stahlhelmführer erinnerten ihn an das Rüpelispiel im „Sommerstraßentraum“, insbesondere an Schnock, den Schreiner, der zwar brüllt, aber in Wirklichkeit kein Löwe ist, sondern eben Schnock der Schreiner. Er halte in seinem Ministerium auf äußerster Sparsamkeit, müsse aber aus sachlichen Gründen für die kommunalpolitische Abteilung einen besonderen Ministerialdirektor erbitten. Wenn man im Reich immer von Sparsamkeit spreche, und die Gemeinden immer verantwortungsloser ausgedehnter bezugslos, so sei das ein Pharisäertum. In den Richtlinien für die Beamtenaufbahn werde seine Auffassung klar ausgesprochen werden. Er betenne, daß die Hochschulbildung gut sei, man dürfe sie aber nicht überschätzen. An dieser Ueberschätzung franke unter ganzes Leben. Im Jahre 1924 habe er generell solchen Kommunisten die Bestätigung zu Stadträten, Gemeindevorstehern usw. verweigert, die die Weisung aus Moskau zur Störung der Gemeindegemeinschaft der Mitarbeit in der Gemeinde selbst zu bevorzugen hätten.

Abg. Dr. v. Drögander (Dnat.) polemisierte in sehr erregter Weise gegen die Antwort des Innenministers. Dieser habe sich nicht immer so ausgedrückt. Er gehöre einer Partei an, die in einer Broschüre die Pflichten gegenüber dem eigenen Lande und seinen Vertretern völlig den Pflichten gegen das Proletariat in den Hintergrund zu stellen versuche. Die Bringen des früheren königlichen Hauses genossen im Stahlhelm keine Bevorzugung, sondern ständen nur in Reich und Glied.

Reichsinnenminister Severing erwiderte, daß in seinem Ministerium nach Entlassung des Staatssekretärs Schulz durch seinen Vorgänger kein Sozialdemokrat mehr vorhanden sei. Das empfinde er als eine Lücke, die er auszufüllen trachte. Seine Rede vor den Studenten sei falsch wiedergegeben. Mit allen Stellen der Groenener'schen Denkschrift sei er nicht einverstanden, wohl aber habe er die Tätigkeit Groenener's anerkennend hervorgehoben. Er rede stets so, wie er glaube am besten den Interessen des deutschen Volkes zu dienen.

Herr Held dementiert.

Eigenartige Methoden des bayerischen Ministerpräsidenten.

Der bayerische Ministerpräsident, Herr Held, hat zu dem blamablen Interdium, das er dem Berliner Vertreter der „Chicago Daily News“, Anselm Mowrer, gewährt hat, eine Richtigstellung verbreiten lassen. In dieser Richtigstellung heißt es, daß die Veröffentlichung der „Chicago Daily News“ ein „durchaus unvollständiger und verzerrter Auszug“ aus seiner Unterhaltung sei, daß diesem Auszug „frei erfundene Behauptungen“ beigemischt seien und daß der Artikel derart „handgreifliche Unrichtigkeiten“ berichte, daß sich ein weiteres Eingehen darauf im einzelnen erübrige.

Herr Anselm Mowrer hat nunmehr einen offenen Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten gerichtet, in dem er Herrn Held darauf aufmerksam macht, daß er ihm bereits am 20. Februar einen Brief geschrieben habe, der u. a. die folgende Feststellung enthielt:

„Nach der Unterhaltung fragte ich um die Erlaubnis, den wesentlichen Inhalt unseres Gesprächs in meiner Zeitung wiederzugeben zu dürfen. Sie haben mir diese Erlaubnis ausdrücklich erteilt, nur mit der Bitte, es nicht sensationell aufzumachen. Um in jeder Weise sicher zu gehen, wollte ich die endgültige Niederschrift noch irgendjemandem, den Sie mir nennen sollten, zur Durchsicht übergeben. Nicht Sie haben diesen Wunsch geäußert, sondern ich habe die Frage an Sie gerichtet, ob Sie mir in Berlin eine Vertrauensperson nennen könnten, der ich den Bericht vorlegen könnte. Sie nannten mir den bayerischen Gesandten

in Berlin, Herrn v. Preger. Am Nachmittag des 4. Februar sah ich Herrn v. Preger und ich den Bericht, soweit er die Ihnen persönlich zugeschriebenen Äußerungen enthielt, durch. Am Ende sagte Herr v. Preger etwa wörtlich:

„Ich kenne den Herrn Ministerpräsidenten und seine Ansichten, und alles ist ungefähr so, wie er die Dinge ansieht.“

Herr Mowrer schreibt weiter:

„Wenn mein Bericht „verzerrt“ war, wenn er „handgreifliche Unrichtigkeiten“ enthielt, warum sollte dann Herr v. Preger verärgert haben, sie zu bemerken und meine Aufmerksamkeit darauf zu lenken, als ich ihn freiwillig um seine Hilfe bat... Wenn Sie meinen, daß ich Ihnen Meinungen in den Mund gelegt hätte, die Sie nicht vertreten haben, dann bin ich gezwungen, Ihnen zu widersprechen.“

Es scheint mit diesem Dementi des Herrn Held ebenso zu stehen wie mit seiner in Bayern öffentlich ausgesprochenen Behauptung, daß er sich bei der preussischen Regierung nicht habe entschuldigen lassen. Die preussische Regierung ist in der Lage, zu beweisen, daß ihre Darstellung der bayerischen Entschuldigung völlig zu Recht erfolgt ist. Der Hinweis des Herrn Mowrer auf den Vorfall mit Herrn v. Preger scheint auch nicht ohne Beweiskraft zu sein. Nebenbei bemerkt, Herr v. Preger, der bayerische Gesandte in Berlin, scheint es mit einem solchen Chef nicht gerade leicht zu haben.

meten Thiel (D. Sp.) und Bombach (Dnat. Sp.) in langatmigen Betrachtungen versicherungstechnischer Art und in Bedenkllichkeiten. Insbesondere versuchten die beiden Redner das neue Gesetz nur bis 1931 zu beschränken. Diese Abschwächungsversuche dürften aber allem Anschein nach vergeblich bleiben, die Abstimmung des Vollausschusses findet heute statt.

Fort mit der Eidesseuche!

Die Meineidsbestimmung im Strafrechtsauschuß.

Im Strafrechtsauschuß des Reichstages wurde gestern die Erörterung der Meineidsparagrafen fortgesetzt. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärte für die sozialdemokratische Fraktion, sie erkenne die neuen Vorschläge des Ministers noch als geeignete Grundlage für die Bekämpfung der Eidesseuche an. Nach wissenschaftlichen Berechnungen würden in Deutschland nicht weniger als 70 000 Falscheide jährlich geleistet. Allein im Jahre 1926 seien 2400 Verurteilungen wegen Eidesverletzung erfolgt. Bei diesen Zuständen seien grundstürzende Neuerungen erforderlich. Bei den Bemühungen um die Einschränkung der Eidesleistungen müsse man daran denken, daß man im arbeitsgerichtlichen Verfahren fast ohne Eidesleistung auskomme und daß die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte dennoch viel weniger kritisiert werde als die der ordentlichen Gerichte. Auch überflüssige Anklagen wegen Eidesverletzung müßten vermieden werden, besonders jetzt, wo nicht mehr die alten Schwurgerichte über Meineidsanfragen zu entscheiden haben. Diese Gerichte boten mehr als die jetzigen Schwurgerichte einen Schutz vor solchen Anklagen. Leider sei der Minister nicht so weit gegangen, die Abschaffung des Eides überhaupt

zu empfehlen. Angeblich sei das Volk heute noch nicht so weit, daß auf den Eid verzichtet werden könne. Dieses „noch nicht“ werde immer ausgesprochen, wenn man nicht den Entschluß zu gründlicher Reform ausbringen könne. Es genüge vollkommen, wenn derjenige, der Strafe bedroht wird, der vor Gericht eine falsche Aussage macht. Auf den Eid kann man verzichten. Darin muß dem Minister zugestimmt werden, daß das Gericht die Möglichkeit erhalten muß, von Strafe abzusehen, wenn in einem bedeutungslosen Punkt von der Wahrheit abgewichen worden ist. Die Richter sollten bei der Uebernahme des Eides vorläufiger Verfahren; dann würde man sich überflüssiger Eid vermeiden werden. Man soll mit Mut und Energie an eine grundlegende Reform herangehen. Dann werde die Meineidsseuche verschwinden.

Abg. Kahl (Bpt.) sprach sich ebenfalls für die Beseitigung des Eides aus. Diese Auffassung habe er nicht erst unter den radikalen Strömungen der letzten Jahre vertreten, sondern schon früher. Die Lüge könne man nicht beseitigen, aber die Komödie und den Mißbrauch, der vielfach bei den Eidesleistungen vorkäme.

Abg. Strathmann (Dnat.) sprach sich als evangelischer Theologieprofessor gleichfalls für die Beseitigung des Eides aus. Die Anrufung Gottes erfolge bei Gericht oft in einer allem religiösen Empfinden widersprechenden Weise. Gerade aus religiösen Gesichtspunkten müsse man den Eid abschaffen.

Minister Koch-Weser erwiderte, daß die schweren Bedenken der Justizverwaltung der einzelnen Länder die Reichsjustizverwaltung wieder davon abgebracht hätten, die Abschaffung des Eides vorzuschlagen. Man fürchte, daß die Wahrheitsermittlung ohne Eidesleistung erschwert werde.

Der Ausschuss übermies alsdann sämtliche Bestimmungen über die Eidesleistung einem Unterausschuß, der am Mittwoch nächsten Woche dem Ausschuss seine Vorschläge unterbreiten soll.

Hugenberg gegen das Lügen.

„Der Deutsche ist an sich der ehrlichste Mensch.“

Hugenberg hält im Bande Reden. Er sagte auf einer Kundgebung der Deutschnationalen in Estlin, daß mit dem System der politischen Lüge über die deutsche Leistungsfähigkeit gebrochen werden müsse. Er, Hugenberg, habe das getan. Dem folgt der Satz: „Der Deutsche ist an sich der ehrlichste Mensch.“

Ist Hugenberg dieser Deutsche „an sich“? „Se rücksichtsloser wir die Wahrheit sagen, um so schneller werden wir gefunden.“ Hugenberg sagt die Wahrheit am rücksichtslosesten, er ist sicher der ehrlichste der an sich ehrlichen Deutschen.

Um dieser Ehrlichkeit gegenüber dem Ausland Ausdruck zu geben, bekennet Hugenberg sein Mitleid mit den armen deutschen Reichsfinanzen. „Der Reichsfinanzminister muß wieder Schatzwechsel begeben. Gegenüber der Alters- und Invalidenversicherung muß er zum Schatzwechsel als Zahlungsmittel greifen.“

Hier verliert Hugenberg seine deutsche Ehrlichkeit. Er verbiegt in geradem wirtschafts- und volksgefährdender Weise die Wahrheit. Er erweckt den Eindruck, als ob das Reich seine Ausgaben wieder ohne steuerliche Deckung mit Schatzwechseln bezahlt wie in der Inflationszeit, bei der Hugenberg reichlich verdient hat. Der Reichsfinanzminister hat gegenüber der Alters- und Invalidenversicherung nicht zum Schatzwechsel als Zahlungsmittel gegriffen. Eine Schuld des Reiches wurde mir statt in bar in Stücken der neuen Reichsanleihe bezahlt. Das ist solid, kaufmännisch und klug.

Hugenberg weiß als Reichstagsabgeordneter genau, wie die Dinge liegen. Aber er betreibt mit dunklen Andeutungen über Inflationsgefahren eine Politik, die, wenn sie von Sozialdemokraten getrieben würde, von seiner Presse sofort mit dem Vorwurf des Vandalismus bombardiert werden würde. Der alte ehrliche Hugenberg mit seinen Inflationsgewinnen hält es heute für zweckmäßig, den deutschen Währungsverfall an die Wand zu malen. Vielleicht warten schon wieder einige Leute darauf, bei neuer Inflation zu verdienen?

Ihn packte das Grauen...

Aber jetzt streitet er alles ab.

Stettin, 27. Februar.

Im Memmordprozess Heine wurde am Mittwoch in der Vernehmung des Angeklagten Fräbel fortgeführt. Vorl.: „Sie haben in der Voruntersuchung eine grausige Darstellung der Tat gegeben, die Sie dann aber in der ersten Verhandlung zurückgenommen haben. Insbesondere haben Sie auch Heine es belastet und erklärt, er habe sich im Walde, nachdem er so getan habe, als ob er den Weg suche, ganz plötzlich umgedreht und zwei Schüsse aus etwa 20 bis 30 Zentimeter Entfernung auf das Gesicht des Schmidt abgefeuert.“ Als Fräbel darauf antwortete, forderte ihn der Vorsitzende plötzlich auf, sich etwas mehr von dem Angeklagten Heines abzuwenden, der Fräbel immer scharf ansah und sich dabei Notizen machte. Fräbel erklärte dann, daß er auch in diesem Prozess seine damalige Darstellung nicht aufrichtig erhalten wolle. Er habe in der Dunkelheit und aus der Entfernung, in der er von Heines und Schmidt stand, überhaupt nichts Genaues erkennen können. „Der Untersuchungsrichter wollte alles mögliche von mir wissen, fragte auch, was für einen Schuß Schmidt erhalten hätte, ob Kopf-, Hals- oder Brustschuß, und da sagte ich ihm: „Ragut, meinatwegen Halschuss.“ Vorl.: „Sie haben damals erklärt, Schmidt habe noch geschrien und um sich geschlagen. Er hätte sich trotz der weiteren Schüsse halb aufgerichtet und um Hilfe gerufen. Darauf habe Otlow mit seinem eisernen Hammer auf ihn eingeschlagen. Sie haben dann auch geschworen, wie Sie mit Otlow auf dem Boden Liegenden herumgetreten seien, bis er tot war.“ Fräbel: „Das waren alles Phantasiegebilde von mir. Mich packte damals das Grauen, besonders als ich sah, wie Otlow den Toten packte und mit Gewalt in die zu kleine Grube hineinzwang. Im übrigen möchte ich nur sagen: Hätten Heines und Otlow uns befohlen, ebenfalls zu schießen, wir hätten es getan, denn wir waren Soldaten, und jeder Befehl ist heilig. Antragsinstanz habe wir nie gehabt, und ich habe erst in der Verhandlung erfahren, daß man unter Umständen auch einen Befehl nicht zu befolgen habe. Wir betrachteten uns als nützliche Truppen.“ Vorl.: „Sie werden doch aber wohl noch nie gehört haben, daß reguläre Truppen einfach in den Wald gehen und dort jemanden ohne weiteres töten.“

Oberstaatsanwalt Soß teilte mit, daß die Staatsanwaltschaft in dieser Sache den wahren Sachverhalt erst kurz vor der Verhandlung ermittelt und festgestellt habe, daß Heines das Gericht auf eine falsche Fährnis zu locken versuche, wenn er einen Zusammenhang zwischen der Tat und den großen politischen Vorgängen der damaligen Zeit konstruiere. Nicht wegen der viel früher zu verurteilenden Bandenarbeiterkreise, sondern wegen der von der Polizei angebrochenen Entwarnung der Röhbach habe Soßbach es auf eine Kraftprobe ankommen lassen wollen. Deshalb seien seine Worte damals in erhöhter Alarmbereitschaft gewesen und seien Patronen im Gange.

General v. Hammerstein gab hierzu als Sachverständiger an, er wisse aus seiner damaligen Tätigkeit als Generalstabschef beim Gruppenkommando in Berlin, daß zu jener Zeit aus zahlreichen Gegenden des Reiches, nicht nur aus Pommern, Notrufe an die Militärbehörde gelangt seien. Prinzipiel sei hierfür aber zu nächst der Einsatz der Polizei in Frage gekommen und erst in zweiter Linie der des Militärs. Die pommerschen Ortsbefehle würden die Röhbacher nicht durchgestuft haben, wenn sie nicht in Sorge um ihre Sicherheit gewesen wären.

In einem kurzen Gutachten äußerte sich dann noch Medizinalrat Dr. Ripper über die Darstellung des Fräbel bezüglich des Herganges der Tat. Er hielt es für möglich, daß Schmidt trotz der mehrfach auf ihn abgefeuerten Schüsse zunächst noch gelebt habe, dagegen sei die weitere Darstellung des Angeklagten Fräbel unwahrscheinlich.

Die Verhandlung wurde dann auf Donnerstag vormittag 10 Uhr vertagt.

Ziffern noch nicht genannt.

Falschmeldungen über die Pariser Konferenz.

Paris, 27. Februar. (Eigenbericht.)

Die Sachverständigenkonferenz hält vorläufig Volltagungen nicht ab. Die sogenannte Fünferkommission berät die Transfersfrage, vor allem die Modalitäten der vorgeschlagenen Leistung der deutschen Jahreszahlungen in Höhe, auf die der Transferschuss angewandt bleibt und solche, für die er ausgedehnt wird. Unter die letzteren sollen auch die Sachleistungen fallen, deren zukünftige Regelung ein weiteres Unterkomitee studiert. Endlich wurde ein Komitee zur Untersuchung der Kommerzialisierungsmöglichkeiten gebildet.

Argendwache Zahlen über die Höhe der deutschen Jahreszahlungen sind bisher noch nicht in die Debatte geworfen worden, womit sich die Redungen einiger deutscher und ausländischer Blätter, die von bestimmten Vorschlägen in dieser Hinsicht wissen wollen, erledigen.

Gegen die rote Fahne in Wien, die anlässlich des Heimwehraufmarsches zu Gewalttätigkeiten aufgefordert hatte, ist ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden. Der verantwortliche Redakteur des Blattes, Paul Rohn, wurde ins Landgericht eingeliefert.

Der Stahlhelm



bei Hindenburg...

— und draußen!

Krankenkassen und Wohlfahrt.

Das Ministerium begünstigt Innungskassen.

Der Bundtag setzte am Mittwoch die Aussprache über den Wohlfahrtssetat beim Abschnitt Allgemeine Volkswohlfahrt fort.

Abg. Frau Volgt (D. Bp.) ist der Auffassung, daß die ehrenamtliche und freie Wohlfahrtspflege mehr durch den Staat unterstützt werden müsse. Die Fürsorgeerziehung sei Sache des Staates; die konfessionelle Fürsorge wäre vielfach vorbildlich gewesen.

Abg. Preße (Deutsch-Hann.) setzt sich für die Innungskrankenkassen ein, die billiger arbeiten als die anderen. Die Ortskrankenkassen müssten die privaten Anstalten. Der Bau privater Krankenhäuser sei zu fördern. Der sozialdemokratische Antrag, die Fürsorgeerziehung den Jugendämtern anzugliedern, sei abzulehnen.

Abg. Frau Dönhoff (Dem.) wendet sich gegen den Alkoholmißbrauch. Die private Wohlfahrtspflege sei beweglicher und anpassungsfähiger als die bürokratisch gehemmte öffentliche Wohlfahrt.

Abg. Kaufmann (Nat.-Soz.) bezeichnet die Ortskrankenkassen als Korruptionserscheinungen und Machtapparate der Sozialdemokratie. Die Mehrforderungen der Krankenkassen ständen in keinem Verhältnis zu ihren Leistungen.

Abg. Bauer (Soz.):

Die Böllischen sollten nicht so laut von Korruption reden. Am häufigsten ist diese wohl, wie die verschiedensten Vorkommnisse beweisen, in ihren eigenen Reihen zu suchen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Krankenterversicherung ist ureigenstes Gebiet der Versicherten selbst. Die Tatsache, daß sie Zweidrittel der Beiträge aufbringen, gibt ihnen das Recht, die Krankenkassen so auszubauen, wie sie es wollen. Wenn die Ortskrankenkassen ganz allgemein an Ansehen gewonnen haben, so ist das in der Hauptsache der Arbeit ihrer Vertreter, die aus der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften kommen, zu danken. Die verleumderischen Behauptungen, die die gegnerische Front von der Wirtschaftspartei bis zu den Böllischen austreut, halten bei näherer Nachprüfung nicht stand. Wenn die Verwaltungskosten insgesamt nur 6,9 Proz. von den aufgebrachtten Mitteln bei den Ortskrankenkassen betragen, so ist das immer noch viel weniger als bei den Innungskrankenkassen, bei denen die Meister oder Arbeitgeber den ausschlaggebenden Einfluß haben. Nach der reichsstatistischen Aufnahme von 1926 sind bei den Ortskrankenkassen nur 6,9 Proz. für Verwaltungskosten, 13,37 Proz. für ärztliche Behandlung, 2,45 Proz. für Zahnbehandlung, 47,51 Proz. für Arznei, 8,89 Proz. für Krankenpflege und 20,12 Proz. für Krankengeld aufgewandt worden. Jedenfalls können wir mit ruhigem Gewissen den Versicherten sagen, daß die Ortskrankenkassen so verhalten werden, wie es in ihrem Interesse liegt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir wenden uns vor allem gegen die Praxis des Wohlfahrtsministeriums bei der Behandlung der Innungskrankenkassen. Es hat den Anschein, als hätten die Sachbearbeiter im Wohlfahrtsministerium Angst vor den Mitteln zu finden. Sie nahmen eine Stellung ein, die auf keinen Fall richtig ist, da sie gegen den § 276 der Reichsversicherungsordnung verstößt. Es sind Innungskrankenkassen mit 20 bis 30 Mitgliedern

genehmigt worden, mit der Begründung, daß später einmal ein Zusammenschluß mit anderen Kassen möglich wäre.

In bezug auf die Jugendpflege vertreten wir die Auffassung, daß sie ein Gebiet ist, auf dem sich die jugendpflegerischen Organisationen selbst zu betätigen haben. Das scheint aber nicht die Auffassung des Wohlfahrtsministeriums zu sein. Es ist bedauerlich, daß das Ministerium und die ihm unterliegenden Behörden zur Weiterbildung von Jugendpflegern soziale Mittel ausgeben, die damit der wirklichen Jugendpflegearbeit in den einzelnen Organisationen entzogen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Arbeiterjugend-Organisationen der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und die Arbeiter-Turn- und Sportorganisationen werden überhaupt nicht als gleichberechtigt angesehen. Wir bekommen immer wieder aus dem Lande die Mitteilung, daß diesen Organisationen amlich die Anerkennung verweigert wird und daß sie bei der Verteilung der Mittel nicht berücksichtigt werden. (Hört, hört! bei den Soz.) So nimmt der Regierungspräsident in der Grenzmark gegenüber unseren Jugendorganisationen einen Standpunkt ein, der mit den Erlässen des Wohlfahrtsministeriums nicht übereinstimmt. Während große Summen für die Hochschulen für Leibesübungen und für die Beschickung der Olympiade ausgegeben worden sind, hat man die Arbeiterportorganisationen sehr nachteilig behandelt. Wir bitten deshalb den Minister dringend, die Jugend- und Sportorganisationen der Arbeiterkassen in ihren berechtigten Ansprüchen mehr als bisher zu unterstützen. (Beifall bei den Soz.)

Hierauf wird die Beratung unterbrochen, um die angelegte Abstimmung über den Handels- und Gewerbeetat und die dazu gestellten Anträge durchzuführen. Angenommen wurden hierbei die sozialdemokratischen Anträge, die obligatorische Berufsschulpflicht einzuführen, Gewerbesteuerkontrollen in der in dieser Hinsicht bisher sehr nachlässigsten Fischkonservenindustrie dauernd zu beschließen und das Aben von Gummimanteln wegen der großen Feuergefährlichkeit in der Heimarbeit zu verbieten. Ein Antrag, die Konsumgenossenschaften von der Umsatz- und Gewerbesteuer zu befreien, wurde gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Angenommen wurde dagegen in namentlicher Abstimmung ein Antrag der Nationalsozialisten, die Konsumgenossenschaften steuerlich ebenso wie den Mittelstand zu behandeln, mit 185 gegen 157 Stimmen. Eine Reihe von Anträgen des Hauptausschusses, die z. B. Einschränkung der Regiebetriebe im Schuhmacherhandwerk, die Bekämpfung der Schwarzarbeit und des Zugabeunwesens fordern, wurden angenommen.

Die Aussprache über den Wohlfahrtssetat wird, nachdem noch einige Redner das Wort genommen hatten, geschlossen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag, den 28. Februar, 11 Uhr. Tagesordnung: Etat des Wohlfahrtsministeriums, Abschnitt Wohnungs- und Siedlungswesen.

Rauferei um Trojki.

In der Swinemünder Straße.

Die geplante Einreise Trojki nach Deutschland nahmen am Mittwochabend „Linke“ und stalinistische Kommunisten zum Anlaß wüster gegenseitiger Beschimpfungen, die fast in Tätlichkeiten ausarteten. Hugo Urbahns, ehemaliges leitendes Mitglied der KPD, und jetzt einer der Führer der sich „Lenin-Bund“ nennenden Sekte, sprach über das Thema „Der Kampf um Trojki Kopf“. Unter Darlegung des Streits der „trojkiistischen“ Opposition mit der stalinistischen Sowjetbureaucratie hob er die Bedeutung Trojki für den bolschewistischen Sieg hervor und wies an Hand sowjetamtlicher Statistiken und Zeitungsartikeln nach, daß die „Entwicklung zum Sozialismus“, die in Sowjetrußland angeblich marschiert, im Gegenteil ein Wiedererstarken des russischen und damit des internationalen Kapitalismus bedeute. Trojki sei von der herrschenden Bureaucratie kaltgestellt, verdammt und jetzt ausgewiesen worden. Die Stalinleute hegten den Wunsch, ihn auf die sicherste Weise mundtot zu machen, d. h. ihn nach bekannten Methoden umzubringen. Da sie das in Rußland aus Angst vor dem immer noch großen geistigen Einfluß Trojki nicht wagten, wollten sie das im Ausland durch ihre Agenten bezogen lassen.

Bezeichnenderweise bestärkte ein stalinistischer kommunistischer Diskussionsredner ziemlich unperhöll den Wunsch, „Trojki als Opfer für die proletarische Revolution fallen zu lassen“. Diese zynisch-brutale Äußerung gab den Anlaß zu wüstem

Bärm, und eine brüderliche Brügerei konnte nur mit Mühe von der Versammlungsleitung verhindert werden. Mit welchen Methoden auch die deutschen K.A.-Anhänger arbeiten, zeigt aufs neue ein vom „Kolkowillen“, dem Blatt des Lenin-Bundes, veröffentlichtes KPD-Kundschreiben, das zur organisierten Störung der Versammlung aufforderte. Der Leiter dieser revolutionären Aktion, ein gewisser Böffler, zog es vor, statt der Aufforderung zur Beteiligung an der Diskussion Folge zu leisten, wegen der drohenden Haltung der Anwesenden stillschweigend zu verschwinden.

Der Liebfnecht-Mörder in Holland.

Keine Bedenken der Regierung.

Amsterdam, 27. Februar. (Eigenbericht.)

In Beantwortung einer Interpellation über den Aufenthalt des Liebfnecht-Mörders Kurt Vogel erwiderte der Justizminister, daß sich Vogel ursprünglich unter dem Namen Kurt Jellen in den Niederlanden angemeldet habe und sich auch gegenwärtig noch hier unter falschem Namen aufhalte. Die öffentliche Sicherheit sei durch seinen Aufenthalt nicht gefährdet.

Sozialdemokraten und Freisinnige bezeichneten im Zusammenhang mit der Interpellation eine Reform des Ausländergesetzes für notwendig.

Die Saargebietsanleihe von 2 Millionen Pfund ist vom Finanzkomitee des Reichsbundes genehmigt worden.



Berlin als Weltstadt

Anregung und Kritik

Fisch gefällig? ...

Als ich die Speisekarte musterte — es war nicht Freitag —, fiel mir das Fischkotelett sofort in die Augen. Dem vorbeigehenden Kellner warf ich die Frage zu: wohl zu Ehren der Fischwoche? Sein Gesicht warf mir Überraschung und Verständnislosigkeit. „Nun, man sieht doch überall das schöne Matat mit dem schlanken Fisch und dem netzen Rinde.“ — „Aha, ich verstehe — so wird es wieder einmal gemacht. Viel nützen wird es nicht...“ Die Wahrheit dieser Ansicht ist nicht zu bestreiten. Woran liegt es? Wir glauben, daß die Werbung für das gesunde und nicht teure Fischessen einen ganz falschen Weg einschlägt. Papier statt Fisch — den Kindern und den Hausfrauen wird von Zeit zu Zeit der Fischgenieß auf dem Papier vorm empfohlen — dabei kann man sich nichts denken. Die gedruckte Fiktion, die auf der Ausstellung „Ernährung“ für billiges Geld verkauft wurde, war eine ganz andere, wirksamere Empfehlung. Aber sonst war die Aufmachung der Fischabteilung auf der „Ernährung“ eine allzu beschreibende. Ein kleiner Pavillon, gewissermaßen durch seine Kleinheit das Fischgericht als etwas Neben-sächlichem erweckend. Da hätte ein langer Glasstapel und Pappraum vorhanden sein müssen, in dem jeden Tag neue Fischsorten ihre Auswirkung hätten machen müssen. Und so ähnlich müßte es auch bei einer Winter-Werbewoche zugehen. In den Restaurants müßten richtige Fischtage arrangiert werden, und wenn dann Kochrezepte und andere Werbefrischen verteilt würden, so hätte der praktische Hintergrund nicht gefehlt. Hoffentlich sollen unsere Anregungen auf günstigen Boden und werden bei nächster Gelegenheit erprobt.

Wunsch an die Straßenbahn.

Einen schweren Mißstand hat die Kälteperiode für die Fahrgäste der Straßenbahnen und Autobusse fühlbar gemacht. Die bis oben heraus mit einer dicken Eisschicht bedeckten Fenster verhindern jede Aussicht auf die Straße, so daß selbst diejenigen Fahrgäste, die das Straßenbild genau kennen, nicht in der Lage sind, festzustellen, wo sie sich befinden. Gewiß, der Schaffner soll die Haltestellen ausruken. Bei den vollgetroffenen Wägen ist er aber mit Koffern so überlastet, daß es nicht Wunder nimmt, wenn er es oft verpaßt. Außerdem werden die besten Stimmittel mar, wenn man acht Stunden lang Haltestellen ausrukt. Dazu kommen noch Aussproche, Dialekt, das Klirren der Scheiben und Klappern der Türen, das durch die große Kälte noch verstärkt wird. Alle diese Dinge machen auch die stärkste Stimme unverständlich. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß sich die Nervosität der Fahrgäste in irgendeiner Weise auswirkt. Bei jeder Haltestelle pflegt eine ganze Reihe Fahrgäste Raubhörn und Schaffner zu befragen. Zwischen durch hört man immer wieder die Worte: „Schaffner, die wievielte Haltestelle ist die... Straße?“ Hier wäre der elektrische Haltestellenanzeiger, im Innern des Wagens aufgehängt, eine endgültige Abhilfe. Das Publikum würde beruhigt und sicher, die Schaffner aber behebend entlastet werden, was sich auch bei der Koffierung der Fahrgäste zum Nutzen der Verkehrsleistung auswirken würde. Die Einführung des elektrischen Haltestellenanzeigers, darin sind wir mit dem Genossen Adolph Hoffmann, der uns diese Zeilen zuschickte, einer Meinung, würde für Publikum und Schaffner im ganzen Jahre eine große Erleichterung sein und könnte den Verkehr nur fördern.

Um die Pfandleih-„Zinsen“.

Zu der Aufschrift über das staatliche Verhau in der Nummer vom 19. d. M. wird uns mitgeteilt, daß der Pfandleiher die Zinsen niemals im Voraus nehmen darf. Solange man bei den Entschädigungen, die der Pfandleiher für Hingabe der Darlehen erhält, von „Zinsen“ spricht, wird man immer geneigt sein, an Bücher

zu denken. Bei Beurteilung dieser Tatsache muß aber berücksichtigt werden, daß das Durchschnittsdarlehen der privaten Pfandleiher 10 Mark beträgt, und für die „Zinsen“ für das Darlehen, außer der Hingabe des Darlehens, auch noch andere Leistungen gezwungen sind zu machen. In allen Fällen ist mit dem Abschluß eines Pfandgeschäftes auch die Tätigkeit eines Lagerhalters, Aufbewahrers usw. verbunden. Vergleicht man nun die für 10 Mark innerhalb zweier Monate zu zahlenden 80 Pf. mit den Gebühren anderer Unternehmungen, die gleiche Leistungen bieten, ohne zugleich ein Darlehen zu gewähren, so können die Pfandleih-„Zinsen“ tatsächlich nicht als übermäßig hoch angesehen werden. Die Aufbewahrung eines kleinen Gepäcksstückes kostet bei der Reichsbahn pro Tag 20 Pf., eines größeren 40 Pf. Die Aufbewahrung eines Koffers kostet bei einem Spedition pro Monat 1 Mark, die etwa dreistündige Aufbewahrung eines Paletots in einer Theatergarderobe im Durchschnitt 30 Pf. usw.

Noch mehr Kloakenhäuser.

Stoßweise klammern in diesen Wochen die Hilferufe all derer auf den Redaktionstisch, die in Schmutz und Gestank vegetieren müssen. Die Folgeerscheinungen der Kälteperiode, der all die altersschwachen Wasser- und Abflüßrohre in den Häusern nicht gewachsen sind, bereiten nach und nach einen recht ansehnlichen Seuchenherd in den verkehrsreichsten Stadtteilen. So befindet sich das Vorderhaus Berlin R, Wiesenstraße 60, wieder einmal in einem mehr als lästigen Zustand. Seit Wochen gibt es kein Wasser, seit Wochen ist ebenfalls die Gasleitung eingefroren. Die Abflüßleitung der Klosettrohre war zeitweise verstopft, der Urat ergoß sich aus den Behältern über das Treppenhaus und verstreute dort; außerdem sind von den vier vorhandenen Klosetten nur zwei in benutzbarem Zustand. Am Hause sind mehrere Personen erkrankt und bedürfen ärztlicher Hilfe. Da sich das Treppenhaus jedoch im Laufe der Begebenheiten zu einer richtigen Eisbahn entwickelte, weigert sich der Arzt, hier seine Maßnahmen zu riskieren. Statt der Treppenbeleuchtung ist abends ein dürftiges Kerzenlicht aufgestellt, manchmal auch dies nicht einmal. Als vor einigen Tagen Tauwetter eintrat, konnten die Bewohner einfach die Treppen nicht passieren, da die überfließende Lava in Gang geriet. In einer Parterrewohnung dringt die Röhre der defekten Klosettleitung direkt in die angrenzende Küche, so daß diese infolge des gräßlichen Gestankes überhaupt nicht benutzt werden kann. Alle Woche erscheint auf eine Stunde der Klopfer, hantiert ein wenig mit der Wollampe und verschwindet wieder. Hausverwalter und Hauswirt sind, wie gewöhnlich, laub für alle Pöken, Klogen und Hornwürie. Wann wird dieser Jammer enden?

„Trottoir Roulant“.

Der rollende Bürgersteig — mit dem Eiffelturm war dieser wandernde Laufweg die Sensation der damaligen Pariser Weltausstellung! Eine in sich geschlossene, ovale Holzplatte bewegte sich langsam, so daß von der Erde ein Aufsteigen leicht möglich war. Im Innern dieser Bahn stehen nun weitere Pflanzenwege mit immer größerer Geschwindigkeit; doch war das Uebersteigen von einer Platte auf die andere immer leicht. Das Ganze also mit einer wagemutigen liegenden Rautentreppe zu vergleichen. Auf der obersten Platte waren Bänke aufgestellt, so daß man sich während der Fahrt ausruhen konnte. Weshalb war diese Erfahrung aufzufrischen? Wäre es nicht einer Weltstadt würdig, den Bauherrn mit dem in dem Verbindungstunnel von der alten U-Bahn zur Nord-Südbahnlinie durch eine bequeme und ökonomisch einwandfreie Beförderung zu ersetzen? Da die Wehrzahl der Um-

stehenden mit pünktlichem Erscheinen an der Arbeitsstelle zu rechnen haben und daher den gewöhnlich knapp zu erreichenden nächsten Zug gewinnen müssen, herrscht in der Masse der „Tunnelleute“ eine starr haltende Tendenz. Wer sich unterfangen würde, den Schnellfahr-rhythmus durch langsames Gehen zu unterbrechen, darf darauf rechnen, beiseite geschoben zu werden. Also ziehen wir die Schlussfolgerung: Wie die Ringbahn neuerdings eine Fahrtreppe auf einem Bahnhof eingerichtet hat, sollte auch die U-Bahn den „rollenden Bürgersteig“ überall da einführen, wo die Uebergänge von einer U-Bahn zur anderen einen langen Marsch erfordern.

Die Benzinexplosion in Tempelhoj.

Ursache noch ungeklärt.

Die gefährliche Benzinexplosion auf dem Gelände der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft in der Saalburgstraße 4 in Tempelhoj, über die wir in der Abendausgabe bereits berichteten, war gestern nachmittag der Gegenstand eingehender Untersuchungen. Bisher konnte die Ursache noch nicht geklärt werden. Selbst die Betriebsleitung der Gesellschaft steht vor einem Rätsel; ein ähnlicher Anfall war noch niemals zu verzeichnen.

Bei dem explodierten Tank handelt es sich um einen sogenannten Agitator, einer Destillierblase, in der sich über 20000 Liter Benzin befanden. Die Anlage besteht aus Eisen und ist von einem etwa 15 Meter hohen Eisengerüst, das ein Wellblechdach trägt, umgeben. Durch Zuleitung von Säuren und Laugen wird das im Tank befindliche Benzin einem Reinigungs- oder Destillierprozeß unterzogen. Die Explosion erfolgte mit einer großen Schallwelle. Durch den Luftdruck wurde der starke eiserne Deckel und das darüberliegende Dach zertrümmert. Glücklicherweise ging der Druck nach oben, so daß in der näheren Umgebung des Explosionsherdes verhältnismäßig wenig Schaden angerichtet wurde. Mehrere Arbeiter, die zur Zeit der Explosion in der Nähe des Tanks beschäftigt waren, kamen mit dem Schrecken davon.

Die Feuerwehr, die mit drei Löschzügen unter Leitung des Oberbranddirektors Gempp angetrieben war, hatte fast vier Stunden an der Unglücksstelle zu tun. Das in Brand geratene Benzin wurde durch Einsetzen mehrerer Schäumgeneratoren gelöscht. Wie noch von sachkundiger Seite mitgeteilt wird, besteht die Vermutung, daß größere Mengen Dämpfe und Gase, die sich im Tank angesammelt hatten, durch Reibungselektrizität zur Entzündung gebracht wurden.

Der Raubmord in der Scheune.

Ein 63jähriger erschlägt einen 63jährigen.

Unter verdächtigen Umständen wurde, wie wir mitteilen, am Mittwoch voriger Woche der 63 Jahre alte Landarbeiter Rudolf Hölz in der Scheune eines Gastwirts zu Neu-Holland im Kreise Niederbarnim tot aufgefunden. Verletzungen an den Händen und Würgemale, dazu das Fehlen eines Geldbetrags und der überrn Taschenuhr des Toten ließen auf ein Verbrechen schließen. Der Verdacht fiel auf einen ebenfalls 63 Jahre alten aus Bams gebürtigen Arbeiter August Jung, der die Nacht das Lager in der Scheune mit Holz geteilt hatte und morgens weggegangen war. Es wurde ihm nachgewiesen, daß seine Geldausgaben mit dem, was er vorher befehlen hatte, nicht in Einklang zu bringen waren, ebenso, daß er in der Zwischenzeit im Besitz einer überrn Uhr gewesen war. Trotzdem wollte er von nichts wissen. Die Obduktion hatte inzwischen ergeben, daß Holz, von den Verletzungen an den Händen abgesehen, stark gemüht worden war. In die Enge getrieben, legte der 63jährige Jung jetzt ein Teilgeständnis ab. Er sucht sich damit herauszureden, daß Holz ihn während der Nacht belästigt habe. Er habe ihm darauf eine Ohrfeige gegeben und bei der Belästigung müsse die Uhr aus der Hosentasche des Holz in seine Bodentasche gefallen sein! Dort habe er sie erst gefunden, als er unterwegs

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heckenmann Moslar

Die Masse vor dem Gefängnis schritt aus. Die Türplatte begann zu schwanken über klappernden Schritten. Heder-Calm wäre fast hinuntergestürzt. Das Volk, groß, schwer, gleichsam in einem einzigen Tierleib geeint, gehörte ohne Entschüpfung, obgleich es vielerlei von einem Marsch ins Schloß geträumt hatte. Es stampfte die lange Gasse, die er vor zwei Stunden verhaftet hinaufgetroffen war, wieder hinunter, und Abraham Calm sah auf seinem breiten Rücken, lenkte es mit dem Stachel seines Wortes, würde es weiden auf einer grünen Aue...

Jetzt schwoll Gefang auf zu ihm, das Tier lang, sein Fleisch bedte unter dem Wogen des Schalles, von Klang ummauert hatte er auf dem Rücken des singenden Tieres:

„Dreiunddreißig Jahre,
Dreiunddreißig Jahre,
Dreiunddreißig Jahre dauert die Knechtschaft schon...“

Das Schwanken der Platte zwang ihn, seine Augen aufzutun, hinunterzublicken auf die hunderte schwarzer Löcher in roten, runden Flächen, aus denen die Worte knallten wie Augen, in Selbstverständlichkeit, im jähen Augenblick umgedreht, dem Geschehen angeformte Worte des Heder-Liedes:

„Nieder mit dem Trosegt,
Nieder mit dem Trosegt,
Nieder mit dem Trosegt, mit dem Erzfuson...“

Heder-Calm sang nicht mit. Die Wirren schwand. Seine heißen Augen genossen den Blick auf diese wässrigen Leiber von Männern und Weibern, denen er fern geschienen hatte in seinem fremdbiutigen Gedrücksein, lächerlich in seiner Verkrüppelung — und die ihn, den Othellojuden, nun auf ihre Schultern genommen hatten, wie man seine Liebste habe durch den Strom trägt...

„Brügel soll es jähnen
Knüppel-Knüppelbid,
Wir sterben, wir lösen
Für die deutsche Republik!“

Wieder verwirrten sich seine Vorstellungen, schienen ihm wahr zu sprechen in ihrer Verwirrung: die deutsche Republik... die grüne Aue — das frische Wasser — dort wird nichts mangeln...

„Nämet, doch, ihr Troßen,
Nämet doch, ihr Troßen,
Nämet doch, ihr Troßen, eiern Purpur här!
Wir brauchen rote Hosen
Für der Freiheit Herz!
Wir sin so keene Knechtie,
Wir sin so alle fleisch,
Wir kämpfen für die Rechte
Un für das deutsche Reich...“

Wie das schwarze Tier Volk die lange, sonnenweiße Gasse aufgestreift hatte! Nur noch ein kleines Stück war da von ihr, dann noch die Brücke, dann der Markt... der Markt! Eine runde, gelbe Fläche wie eine Sonne, in die sie hineinstürzten: die deutsche Republik!

Torn der Schmiad und der Böttcher. Knispfade gab die Wortveränderungen des Liedes an. Er wußte nicht, daß seine Frau droben im Ausspann, notdürftig betreut von ein paar Arbeiterinnen, unter furchtbaren Qualen gebor. Er schritt, er lang mit den anderen, die Brücke bestie, ihre Pfeiler sangen mit:

„Reißt den alten Trosegt,
Reißt den alten Trosegt,
Reißt den Trosegt raus aus Friederichens Bett!
Wir brauchen keene Kürsten,
Himmelkruzifje,
Wir brauchen keenen Herjott,
Zimmerhaupt jarnisch!“

Als Heder-Calm den Namen Trosegt hörte, zuckte einmal etwas in ihm auf. Er blinnte unwillkürlich von der Brücke über das Wasser. Ueber der Stadt lastete das herzogliche Schloß. Aber sein trostiger Turm zitterte in der zuckenden Mittagluft. Der von Trosegt schien einmal nicht aufgepöht zu haben... dachte Calm und sah wieder

noraus, während das höfliche Dröhnen der Schritte wieder ein trockenes Knallen wurde. Die Brücke war verlassen. Der Marktplatz branfte:

„Au wenn die Härren fragen,
Wo Heder-Calm woll sei,
So sollt er ihnen sagen,
Heder-Calm is frei!
Der hängt an keenen Baume,
Der hängt an keenen Strid,
Der hängt bloß an dem Traume
Von der deutsche Republik...“

In Gesang und Geschrift war das Pferdegetrappel unhörbar geblieben, das hinter ihnen den Berg hinabknipfte. Der herzogliche reitende Boie, dessen Gaul ein dreistündiger Pitt Schweinmaß gemacht hatte, jagte ungehört zum Schloß hinauf.

„Tschingbarra, dumbarra, Revolutionjon,
Hei, Revolutionjon,
Hei, Revolutionjon!“

verklang der rasch hinzugedühtete, trahig auflachende Refrain...

Das Lied war zu Ende gesungen. In den letzten, tiefen Ton klang von der Brücke her eine junge, harte Stimme: „Abhien!“

Vom Zuge, der sich auf dem Marktplatz runden, breiten wollte, sahen einige zurück. Schrien ersticht auf. Krallten ihre Nachbarn zur Rechten und Linken in die Brust. Alle sahen sich um, blieben starr stehen, in halber Wendung, mit halbergeschlucktem Schrei:

„Breuchjeses Militär!“ — „De Halberstädter Kürassiere!“ Die Träger schwanken mir herum. Calm klammerte sich an das Holz. Sein Gesicht starrte gerade in die Mauer der Kürasse, die sich jetzt über die Brücke zog, glühend wie aus Schwerstahl. Von dort her schritt die schwarze, junge Stimme: „Platz räumen — oder ich lasse schießen!“

Heder-Calm trock mit den Augen zurück, über das Volk hin, über sein Volk hin. Der Platz schien ihm mit einem Male trostlos weit und kahl: ein riesenhafes gebleichtes Blatt. Der Zug darauf: eine scharfe, winzige Raupe. Die den feindlichen Vogel sah. Und erstarrte. Und den Kopf zurückhob, den Kopf Heder-Calm, den hilflosen Kopf... (Fortsetzung folgt.)

Record-Angebot

für das Frühjahr



12,50

2 Farben feinfarbig
feinste Handarbeit

Stiefelkönig

Friedrichstr. 131c (Ecke Karstr.)

Am 24. Febr. morgens 1/2 12 Uhr.
verfügt nach jahrelangem, iguoretten
Leben meine liebe Frau, unsere gute
Eltern, Schwiegermutter und Groß-
mutter, Frau

Berta Lucht

geb. Schönfeld

im 63. Lebensjahre
Dies gehen an in tiefer Trauer
Hermann Lucht u. Angehörige.

Die Einäscherung findet am Sonn-
abend dem 2. März, um 15 Uhr, im
Friedhof am Baumgartenweg statt.

METROPOL-THEATER 8 U.

Lustige Witwe

mit FRITZI MASSARY
Max Hansen, Elliot, Jankuhn,
Junkermann, Schaeffers

Sonntag nachm. 3 Uhr ungekürzte
Vorstellung zu kleinen Preisen.

ZWEI CHARELLINSZENIERUNGEN

GR. SCHAUSPIELHAUS 8 U.

Letzter Tag!

CASANOVA

2. März 7 1/2 Uhr Premiere
Der liebe Augustin

Vorverkauf hat begonnen.

Kostproben gratis!

Der beste Beweis, daß ich nur erste Qua-
litäten unter billigster Preise verkaufe!

Erstklassiger Dessert-Apfelwein, 500 Liter 0.75
Hochwert. Dessert-Johannisbeerwein, 500 . . . 0.95
Feinster Spezial-Fruchtwein, 500 . . . 1.05
Erstklass. Dessert-Saichebeerwein, 500 . . . 1.05
Hocharomatisch. Dessert-Kirschwein, 500 . . . 1.25
Hochromat. Dessert-Erdbeerwein, 500 . . . 1.45

Achtung! 1 Liter enthält 2/10 mehr als ein 1/10 Flasche

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher

am 2. Freitag, dem 1. März 1929, abends 7 1/2 Uhr, im
Berliner Gewerkschaftshaus, Angerstr. 24/25, Saal 4

Mitglieder-Versammlung

Kassensichtung:
Jedige Situation im Maler- und Lackierberuf
Es spricht der Verbandsvorsitzende Kol. G. Böh.

Volksbühne

Theater am Südfriedhof
8 Uhr
Kreuznahme

Theater am Südfriedhof
8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Thalia-Theater
8 Uhr
Oelrausch

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Oedipus

Die Komodie

Hismarck 2414/2516
8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2
„Olympia“
von Franz Molnar
Regie:
Forster Larinaga.

Kammerspiele
Norden 12.311
8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2
„Soeben erschienen“
Komödie von
Edouard Bourdet
Regie:
Forster Larinaga.

Deutsches Theater
Norden 12.311
8 1/2 Uhr, Ende geg. 10 1/2
Die lustigen
Weiber von Windsor
von Shakespeare
Regie: Heinz Hilpert

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Katharina
Knie

Der größte Erfolg Berlins

Friederike

Wittl von Cseh
Ersta
o. Thellmann
Carl Juegler
(Staatssopran)
Wriedel, Lindberg,
Peters, Essler,
Jespermann, Ber.
Kalle Hummer,
Scheidt, 931 R. 7150

Lustspielhaus
1/2 Uhr
wiederaufgetan
Guido Tielscher
Weekend
im Paradies

Thalia-Theater
residenzstr. 72-74
8 Uhr
„Oelrausch“

Ausschank vom Faß!

Echter Tafelquavint 35% Liter 2.90
Echter Weinbrand-verschnitt 38% 3.20
Echter Getreidekorn ca. 40% 3.60
Massee Weinbrand-verschnitt *** Stern 3.60
Echter Weinbrand, ganz rein *** Stern 4.20
Esue oder Weinbrand ta *** Stern 4.60
Jamalika-Rum-verschnitt ca. 45% 4.65
Tee-Rum das Feinste ca. 55% 5.20
Hochwertige Edel-Liköre bis 38% 4.65
Feinste Rotweine . . Flasche von 95 Pf. an
Echte Bordeauxweine, rot 1.50
Feinste Weißweine 1.15

Donnerst. u. Sa. 2. Staats-Oper
Unter d. Linden
A.-V. 84
19 Uhr
Boris
Godunoff

Donnerst. u. Sa. 2. Städt. Oper
Blumenstr.
Turnus III
19 1/2 Uhr
Maskenball

Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
R.-S. 41
19 1/2 Uhr
Die
Fledermaus

Staatl. Schausp.
11 Essenerstr.
A.-V. 51
20 Uhr
Karl u. Anna

Staatl. Schiller-Theater, Charlth.
20 Uhr
Oedipus

SCALA

8 Uhr u. 5. Barbarossa 9256

Heute zum letzten Male:
**4 Bronetts
Con Colleano**
und weitere Varietè Attraktionen.

PLAZA

Am Kästriner Platz

Alex. 5067/68

Tägl. 2 Vorstellungen
5 Uhr 50 Pf. bis 1.— M.
8 1/2 . 1.— M. . 2.— M.

Heute zum letzten Male:
Perezoff Co.
Morgen neues Progr.!

Karten 3 Tage im voraus

Komische Oper (8 1/2)

Die große Revue
**Paradies der
süßen Frauen!**
100 Mitwirkende.

CIRCUS BUSCH

5 L. Zum letzten Male! 5 L.
„Der aus Sibirien“
Freitag neues Manegeschaustück
und neues Programm.

Renaissance-Theater

Reichenbergerstr. 8. Tel.: Stadt 801 u. 798/94
8 1/2 Uhr. Zum 70. Male: 8 1/2 Uhr:
Die Weltberühmte Komödie
„Das große ABC“
von Marcel Pagnol
Reg. Genf. Hartung. 10. Premierestrasse.

HAMBURG-AMERIKA LINIE

VON
HAMBURG KANADA

DIREKT NACH

Nächste
Passagier-
Abfahrten:

D. „Westphalia“ 2. März
D. „Thuringia“ 16. März
M.S. „St. Louis“ 29. März
D. „Westphalia“ 10. April
D. „Thuringia“ 24. April
D. „Cleveland“ 9. Mai

AUSWANDERER

haben sich wegen aller Einzelheiten zu wenden an
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG 1 / ALSTERDAMM 35

Vertretung in Berlin, am Zoo,
Hardenbergstr. 30 a-c, Unter den
Linden 5 und Potsdamer Schiff-
fabrik-A.-G., Potsdamer Str. 103a

Ausnahme-Angebot:

Feinster 23 er roter Burgunder . . . 1/1 Fl. 1.25
Feinster 25 er weißer Burgunder . . 1/1 Fl. 1.45

Kranken, Flaschen usw. werden geliebt

Eduard Süßkind

Größtes Spezialgeschäft seiner Art in Deutschland
Hauptgeschäft: Berlin N31, Brunnenstr. 42

Filialen und Verkaufsstellen:

Berlin, Müllerstr. 144
Berlin, Chausseestr. 78
Berlin, Petersburger Str. 60
Berlin, Köpenstr. 87
Berlin, Grünauer Str. 18
Köpenicker Straße 121
Wilmersdorfer Straße 167
Schöneberg, Kolonnenstraße 9, Ecke Feurigstraße

Steglitz, Schloßstraße 121
Spandau, Potsdamer Str. 23
Pankow, Wollankstr. 98
Neukölln, Berliner Str. 13
Moabit, Wilsoner Str. 23
Prenzlauer Allee 58
Martin-Luther-Str. 86
Oberschöneweide, Wilhelmshofstraße 40

FURNICULUS

Gewinnauszug

5. Klasse 32. Preussisch-Schlesische Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne
gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer
in den beiden Abteilungen I und II

17.ziehungstag 27. Februar 1929

Da der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 151885
5 Gewinne zu 5000 M. 349622 351428 384945
16 Gewinne zu 3000 M. 22584 32506 118530 130009 193018 195128
220903 305510
18 Gewinne zu 2000 M. 1175 8588 130434 184202 231919 246306
274159 278639 370095
48 Gewinne zu 1000 M. 3736 21452 82208 87858 74583 78847 94890
95312 119585 135310 151389 153614 190300 209922 264537 270019
301362 316714 330348 331687 368195 373206 382035
100 Gewinne zu 500 M. 10758 10770 14116 14175 17554 33896 35904
49995 50086 58121 60830 71866 72276 73660 74113 87331 84761
107744 114342 116953 121952 128138 127659 142939 145046 152148
158708 167878 173545 179447 200320 217315 218706 245068 263833
274789 274846 297439 300169 303894 305572 336641 339726 346600
353772 358499 354281 374402 374718 382920
242 Gewinne zu 300 M. 122 7286 9019 9141 20800 21656 23694
24918 28203 28887 27181 37647 39402 80699 41375 41755 42149
43695 49359 50510 52942 53757 54580 54961 54815 53260 54134
79379 79050 80597 80947 86135 88900 89354 80718 86577 100104
104981 106959 109391 129679 129292 128682 133973 134604 136737
140770 141535 142487 142658 142981 181541 181809 182180 188767
190959 177519 179520 182055 185300 187568 190165 192540 201273
202754 210936 212145 221711 222747 224889 229787 230476 235207
237177 240353 242333 253423 254270 257168 258065 261374 261896
271817 282583 285529 287268 288618 271365 274475 274991 275288
281801 285708 287821 290459 290501 292720 305849 326821 326687
328228 329418 338593 337389 337809 342471 340069 353483 353902
356885 367973 372300 372099 375008 378064 378619 384155 396301
397306 397875 399936

Da der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 288680
5 Gewinne zu 5000 M. 44214 182664 235417
9 Gewinne zu 3000 M. 350119
28 Gewinne zu 2000 M. 29286 101210 194614 209518 215849 354758
51001 254010 372184 383993 390202 396063 396775
20 Gewinne zu 1000 M. 6494 7040 146530 170761 183384 211268
27486 27949 28985 39992
30 Gewinne zu 500 M. 4124 12180 45834 65262 98888 97042 98392
23321 124297 130812 142747 148995 174898 175048 223036 224696
233546 243904 248130 246921 249998 263334 274679 298973 322046
172 Gewinne zu 300 M. 503 1795 12350 18303 17817 15590 26472
27562 23434 63847 65687 67551 58072 60436 84278 72465 78129
78847 92495 100992 107084 108097 108186 108488 114634 131619
138413 142083 142823 144496 152035 166782 181478 182918 185732
186812 188935 192057 177472 179511 179534 180728 181678 190722
194375 203780 204498 208075 215104 221840 223762 230542 230552
237256 251723 270712 275033 286187 288934 291051 294145 306597
308461 314675 316568 316501 320392 321586 328472 330330 331987
343302 344586 347014 348221 351472 362210 374312 380753 383819
384248 387207 390627 393638 393541 398148

Zum Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu 500000, 2 Gew. zu 500000,
3 zu 300000, 2 zu 200000, 2 zu 50000, 4 zu 25000, 32 zu 10000,
62 zu 5000, 160 zu 3000, 326 zu 2000, 734 zu 1000, 1904 zu
500, 5042 zu 300 Mark.



Wolantz

Schüttlich

Beachten Sie bitte die Anschlagskulen!

Zentral-Theater

8 1/2 Uhr
Freitag u. Sa. Male
Ich küsse Ihre
Hand, Madame

Ein Spiel von Liebe
und Lenz mit dem
gleichnamigen Schläger
Rundfunkhör-
bar! Preise
halbe Preise

Stellenangebote!
Studien in Vorwärts
beste Beachtung!

Winter Garten

8 Uhr Rauchen erlaubt
Internat. Varietè.

CASINO-THEATER

8 1/2 Uhr
Lorenzstr. 37.

Kilometerliebchen

Dazu ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutscheine für 1-4 Pers.
Fautouil nur 1,15 M., Sessel 1,45 M.,
sonstige Preise: Parkett u. Rang 1,80 M.

Reichshallen-Theater

Abends 8 Sonntags nachm. 3

Steffner Sänger

Das lustige Februar-Programm!
Nachm. halbe Preise.
Billetbestellungen
Telefon: Centrum 11267.

Dönhof-Brett
Gr. Varietè-Programm-Tanz

Theater a. Kolbuser

Kolbuser Str. 6 Tel. Nr. 1607
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm. 3 Uhr (ermittl. Preise)

Elite-Sänger

Die Unvergleichlichen.

Vom Prellschützentrupp auf allen Plätzen

NEUE WELT

Arndt Scholz (Kassierende 150/14)

Letzter Tag!
Großes Bockbierfest!

mit
Großes Schweineschlachten.

7 Kapellen / 50 bayr. Mus.
Eintritt 6 Uhr.

Kap. t. n. Kautabak 15 Pf.

Kapitän-Kopenhagener 20 Pf.

Die Marke der Feinschmecker
in den meisten Geschäften käuflich
Carl Röcker, Berlin NO.

Erzversorgung / Siegerlandhilfe.

Die Rohstoffversorgung der deutschen Eisenindustrie.

Die Wirtschaftspolitik der Schwerindustrie hat in Deutschland in den letzten Jahren immer wieder wegen der Betonung ihrer monopolistischen Sonderinteressen zur schärfsten Kritik herausgefordert. So ist die Wirtschaftspolitik der Eisenindustrie mit den gesamtwirtschaftlichen Interessen in Konflikt kam und die Schwerindustrie Sonderbehandlung beanspruchte, wies sie auf ihre ungünstigen Produktionsbedingungen und Wettbewerbsverhältnisse hin. Die Veröffentlichungen des Enqueteausschusses über die Rohstoffversorgung der deutschen Eisenindustrie sind auch in dem bisherigen Umfang ein brauchbares Instrument zur objektiven Klärung der umstrittenen Fragen.

Da die deutsche Eisenindustrie im Gegensatz zu den westlichen Eisenländern sowie den Vereinigten Staaten über keine nennenswerten einheimischen Erzgrundlagen verfügt, ist sie vornehmlich auf die

Verhüttung ausländischer Erze angewiesen.

Die Eisenproduzenten der westlichen Länder befinden sich wegen der geringen Frachtkosten gegenüber der deutschen Eisenindustrie im Vorteil. Die dortigen Erze „genießen aus dem Besitz der Gruben eine Differentialrente, die zu einem beträchtlichen Teil die ausschlaggebende Stellung erklärt, die das französische, luxemburgische und belgische Eisen am Weltmarkt erlangt hat“.

Dieser Vorprung der westlichen Erzeuger findet freilich auf anderen Gebieten einen Ausgleich. Ruhrkohle ist für den Verhüttungsprozess ganz besonders geeignet, teilweise sogar unentbehrlich, so daß die lothringische Eisenindustrie Frankreichs auf seinen Bezug angewiesen ist. Die deutschen Hochöfen besitzen ferner ein viel größeres Fassungsvermögen und arbeiten daher ergiebiger als die der Westländer.

Der Bericht des Enqueteausschusses führt die Auswirkungen des Verlustes der deutschen Erzbasis gegenüber den weit übertriebenen Darstellungen der Schwerindustrie auf das richtige Maß zurück. „Einem Käufer von dem Ausmaß der deutschen Eisen erzeugenden Industrie kommt eine derartige Bedeutung zu, daß seine Nachfrage von den Erzlieferanten nicht entbehrt werden kann.“ Daß in den Zeiten der Hochkonjunktur gelegentlich Beschaffungsschwierigkeiten eintreten, gebe zu einer pessimistischen Auffassung der Erzversorgung noch keinen Anlaß. Die in Deutschland neu geschaffene und im Jahre 1927 bereits voll ausgenutzte Erzeugungsfähigkeit habe über die Kriegsausdehnung der europäischen Erzeugung hinaus noch eine besondere Zunahme des Erzbedarfs hervorgerufen. Die deutsche Eisenindustrie hat

unter Verkenennung der Abnahmefähigkeiten in der Nachkriegszeit

Die gesamte Einbuße an Werken in den abgetretenen Gebieten und an vorzeitig liquidiertem Besitz in Luxemburg und dem lintscheimischen Gebiet durch neue Anlagen im rheinisch-westfälischen Gebiet ersetzt. Diese (grundsätzlich bedeutende) übergrößen Kapazität der deutschen Eisenindustrie sei ein Hauptgrund für die Rentabilitätschwierigkeiten dieses Industriezweiges. Dazu kommt noch ein anderes. Während in England und den Vereinigten Staaten das Thomas-Verfahren ganz bedeutend in den Nachkriegsjahren zurückgegangen ist und die starke Produktionssteigerung der Nachkriegsjahre vollkommen auf Mehrerzeugung im Siemens-Martin-Prozess entfällt, hat die deutsche Industrie ihren Erzeugungszuwachs in erster Linie auf den Thomas-Prozess gestellt. Es drängt sich die Frage auf, ob nicht auch hier eine Fehlentwicklung vorliegt. Für ein Land ohne nennenswerte Erzbasis, dagegen mit breiter Schrottdedecke, wäre sicherlich, volkswirtschaftlich gesehen, eine Abstellung der neuen Anlagen auf das Siemens-Martin-Verfahren ungleich zweckmäßiger. Die zeitweisen Schwierigkeiten im Bezug von hochphosphorhaltigen Erzen sind so weitgehend selbst verschuldet. Der Enqueteausschuss nimmt selbstverständlich auch zu den wirtschaftlichen Fragen des deutschen Erzbergbaues Stellung. Die Erzförderung im

Siegerländischen und nassauischen Erzrevier

erfolgt unter technisch wie geologisch besonders ungünstigen Bedingungen. Die Erzförderung erfolgt vorwiegend bereits in sehr großen Tiefen bis zu 1000 Meter und mehr, die Lagerungen sind außerordentlich ungleichmäßig. So macht sich trotz aller Rationalisierungsbemühungen im Erzbergbau das Gesetz vom „abnehmenden Ertrage“ besonders stark geltend. „Die Erhaltung der Förderleistung ist bei größeren Tiefen und verlängerten Wegen nur mit steigenden Aufwendungen möglich.“ Die Rentabilitätsuntersuchungen, die im Auftrage

des preussischen Handelsministeriums angestellt worden sind, haben gezeigt, daß auch nach Stilllegung von Gruben mit besonders günstigen Förderbedingungen im Siegerländer und im nassauischen Erzbergbau eine ausreichende Rentabilität nicht erzielt werden konnte. Die anderthalbjährige Subvention, die der Erzbergbau vom Reich und Preußen erhalten hat, hat an dieser Sachlage nichts geändert. Im April 1928 hatte das Siegerland mit 72 000 Tonnen Förderung bei einer Beschäftigung von nur noch 4400 Bergleuten den tiefsten Stand. Um eine völlige Stilllegung zu vermeiden, gewährten Reich und Preußen in Form von Förderprämien insgesamt 6,7 Millionen Mark Subventionsgelder, von denen 4,7 Millionen Mark auf den Siegerländer Erzbergbau entfielen. Die Beschäftigung war im Erzbergbau schon vor dem Ruhrarbeitskampf stark zurückgegangen, die Aussperrung hat dann noch zu weiteren Betriebseinsparungen geführt, so daß man am Jahresende 1928 wieder nahezu auf den Tiefstand von Anfang 1926 zurückgekommen war, und zwar trotz der Subventionen.

Die neue Siegerlandhilfe.

Wenn auch die schwierigen Produktionsbedingungen und die schwere Notlage der Siegerner Bevölkerung nicht verkannt werden sollen, so muß man doch beachten, daß der Erzbergbau in erster Reihe eine Angelegenheit der Schwerindustrie, für die die deutsche Volkswirtschaft aber keine Lebensfrage ist. Der Erzbergbau befindet sich im Siegerland vollkommen, im Dist. und Zahnsbezirk zu 80 Proz. im Besitz der großen Stahlkonzerne (Vereinigte Stahlwerke, Krupp, Hoehs usw.). Die Aufrechterhaltung der Erzförderung ist für diese Großunternehmen keine reine Rentabilitätsfrage, sie dient zur „Erhaltung einer Reserve für alle Fälle“ und wird zur Stärkung der Stellung der deutschen Industrie als Erläuterer auch bei zeitweiligen Verlusten lohnend.

Der Fehlschlag der ersten Subvention hat bewiesen, daß auf diesem Wege einmahliger Hilfsaktion dem Bergbau nicht zur Rentabilität verholfen werden kann. Eine Besserung durch andere dauernd wirksame Mittel scheint dagegen nicht unmöglich. Bei einem einheitlichen Stromabnahmevertrag des ganzen Siegerländer Bergbaues mit dem Rheinisch-Westfäl. Elektrizitätswerk und bei Senkung des Strompreises auf den Satz für Großabnehmer würden die Kosten für den Kraftbedarf (40 Millionen Kilowattstunden) sich jährlich um 1 1/2 Millionen Mark ermäßigen, was einer Förderprämie von 0,50 M. pro Tonne entspricht. Die Reichsbahn will ferner eine weitere Ermäßigung des Ausnahmeariffs für die Siegerländer Erze bewilligen. Wenn auf diesen beiden Gebieten, Stromkosten und Frachtariffe, die Selbstkosten des Erzbergbaues sich verringern, so ist bereits eine wesentliche Erleichterung geschaffen. Wenn darüber hinaus sich die staatlichen Stellen mit Rücksicht auf die Not der Bevölkerung zu weiterer Hilfeleistung entschließen, so muß dafür gesorgt werden, daß nicht ein neues Provisorium entsteht, sondern die Förderung des Bergbaues durch langfristige Abnahmeverträge gesichert ist. Die staatlichen Stellen werden ferner die Produktionsverhältnisse im Erzbergbau ständig kontrollieren müssen.

Die Schrotterzeugung.

Für den zweiten wichtigen Rohstoff der Eisen erzeugenden Industrie, für Schrott, ist eine ausreichende Grundlage vorhanden. Der Gesamtverbrauch an Schrott wird zurzeit mit etwa 7 Millionen Tonnen bemessen, von denen 3 Millionen Tonnen als Neuschrott aus der Eisenindustrie selbst, der Rest aus abgedienten Maschinen, Fahrzeugen und sonstigem gesammeltem Altmetall stammen. In jedem Fall ist für die nächste Zeit noch mit einem steigenden Schrottanfall zu rechnen.

Der Schrottverbrauch ist je nach dem Beschäftigungsgrad der Eisenindustrie sehr starken Schwankungen unterworfen. Aus betriebstechnischen Gründen wird in den Stahlwerken die Thomas-Stahlerzeugung möglichst gleich gehalten, dagegen der Umfang der Siemens-Martin-Erzeugung dem wechselnden Bedarf angepaßt. Da der Schrottanfall im ganzen aber unverändert bleibt, hat der Schrottpreis in den letzten Jahren sehr starke Schwankungen gezeigt. Die Schaffung beherrschender Schrotteinkaufsorganisationen zur planmäßigen Versorgung der Stahlwerke ist deshalb als Fortschritt anzusehen.

Die zentralisierten Einkaufsorganisationen besitzen infolge des deutschen Ausfuhrverbotes eine Monopolstellung, gegen die die Schrottabgeber, in erster Reihe die Eisen verarbeitende Industrie, stark ankämpfen. Ein Ausgleich dieser auseinanderstrebenden Interessen wird im Nachkampf dieser beiden Gruppen nicht erreicht werden. Die Bewirtschaftung des Schrotts,

die Festsetzung angemessener Preise, der innere deutsche Ausgleich zwischen Schrottüberfluß- und Schrottzufußgebieten wird vielmehr allein einer obersten Instanz, die sich von gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten läßt, unterzuordnen sein. In dem jüngst hier veröffentlichten Vorschlag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf Errichtung eines Selbstverwaltungsorgans in der Eisenindustrie ist daher auch konsequenterweise die Unterstellung der Schrottwirtschaft unter den Selbstverwaltungskörper gefördert worden.

Die Organisation der innerdeutschen Schrottwirtschaft muß jedoch durch eine Regelung des internationalen Schrottverkehrs ergänzt werden. Da eine einseitige Aufhebung des Schrottausfuhrverbotes Deutschland nicht zugemutet werden kann, sollte die deutsche Regierung auch weiterhin die gleichzeitige Aufhebung aller Schrottausfuhrverbote anstreben.

Arbeitslosigkeit wächst noch.

Durch Wasser- und Kohlenmangel in der Industrie.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter bis zum 23. Februar ist der Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit noch immer nicht überschritten. Die Zunahme der Erwerbslosen war in Schleien, Nordmark und Südwestdeutschland noch beträchtlich. Immer mehr behinderte die strenge Kälte Arbeit und Verkehr und verschärfte der Wasser- und Kohlenmangel die Arbeitslosigkeit. Die lange Arbeitslosigkeit hat auch die Kaufkraft erheblich geschwächt.

Herr Poensgen über den Stahltrust.

Reforderzeugung in Gruben, Hütten und Stahlwerken.

Es war vorauszu sehen, daß die Ausführungen der Verwaltung des Stahltrusts auf der Generalversammlung der Vereinigten Stahlwerke wegen der in Paris laufenden Reparationsverhandlungen sehr zurückhaltend ausfallen würden. Diese Zurückhaltung war auch bei der ganzen Rede des Direktors Poensgen, der in Vertretung des Generaldirektors Bögger über die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie sprach, festzustellen.

Von Bedeutung für die Beurteilung der gegenwärtigen Eisenkonjunktur ist die von Herrn Poensgen mitgeteilte Tatsache, daß die Rohstahlproduktion im Januar in den Betrieben der Vereinigten Stahlwerke mit 663 000 Tonnen einen Rekord sämtlicher bisherigen Monatsziffern darstellte. Auch die Steinkohlenförderung der Zechen erreichte mit arbeitstäglicher 91 000 Tonnen ihren bisherigen Höchststand. Die Verschlechterung der Verhältnisse im Februar ist ausschließlich auf die durch den Frost hervorgerufenen Verkehrserschwerigkeiten, besonders die Einstellung der Binnen-schiffahrt, nicht aber auf Markteinflüsse zurückzuführen. Die Verwaltung des Stahltrusts rechnet mit dem baldigen Einsetzen eines stärkeren Frühjahrgeschäfts.

Die Entwicklung auf den Eisenmärkten wird nach Herrn Poensgen davon abhängen, ob die deutsche und die internationale Rohstahlgemeinschaft, sowie die verschiedenen im Laufe dieses Jahres ablaufenden Verbandsverträge wieder erneuert werden, was zurzeit noch unsicher ist. Da mit der Möglichkeit gerechnet werden mußte, daß verschiedene Verbände ihren Vertrag nicht erneuerten, die Aufrechterhaltung einzelner Verbände für die Vereinigten Stahlwerke aber nicht in Frage käme, stelle sich die Verwaltung der Stahltrusts bereits jetzt schon auf die Möglichkeit eines fastlosen Zustandes ein. Nach diesen ziemlich eindeutigen Ausführungen des verantwortlichen Vertreters des mächtigsten europäischen Montankonzerns darf man auf die Stellungnahme anderer maßgebender Mitglieder der deutschen und internationalen Eisenverbände gespannt sein.

Reichskassenbedarf erhöht die Wechselbestände der Reichsbank. Die Inanspruchnahme der Reichsbankgelder für Wirtschaftskredite ist auch in der Woche vom 23. Februar sehr gering geblieben. Die Erhöhung der Wechselbestände um 14,7 auf 1461,3 Millionen wäre nicht eingetreten, wenn nicht die Privatbanken weit über 100 Millionen Reichsmarkwechsel aufgenommen und dafür größere Beträge ihres eigenen Wechselportefolles zu dem billigeren Zinssatz bei der Reichsbank rediskontiert hätten. Ohne die Begebung der Reichsmarkwechsel hätten die Wechselbestände der Reichsbank trotz des im Februar nähergerückten Ultimos wahrscheinlich noch abgenommen. Im Zusammenhang mit dem Rückgang der Lombarddarlehen um 29,8 auf 38,5 und der Zunahme der Gelder auf Girokonten um 103,5 auf 572 Millionen konnte der Papiergeldumlauf relativ stark abnehmen: Bei den Reichsbanknoten um 175,2 auf 3902,1 Millionen, bei den Rentenbanknoten um 17 auf 462 Millionen. In den mit 2729 Millionen unveränderten Goldbeständen und den diesmal nur um 1,2 auf 99,1 Millionen gestiegenen Devisenbeständen liegt wieder eine gegenüber der Vorwoche auf 69,9 Proz. gesteigerte reine Golddeckung und auf 72,5 Proz. erhöhte Golddecksdeckung der umlaufenden Noten.

SCHLAFZIMMER „TEMPO“

Bestehend aus:
 2 Bettstellen
 2 Patentböden
 2 Nachtschränken
 m. stoffunterlegter Glasplatte
 1 Waschkommode mit Spiegel
 1 Ankleideschrank
 2 Stühlen
 1 Glashalter

nur 540,- Mk

RIESEN-AUSWAHL • NIEDRIGE PREISE

feder

BRUNNENSTRASSE 1 u. 2
 KÖLNFRURTER ALLEE 350
 KOTTBUSER DAMM 103
 WILMERSDORFER STR. 165

KÜCHE „ERNA“

nur 225,- Mk

Bestehend aus:
 Büfett, Anrichte, Tisch
 2 Stühlen, Kohlenkasten
 Handtuchhalter

TEIL-ZAHLUNG

1/10 ANZAHLUNG

24 MONATSRATEN

HIER ABTRENNEN!

Nach Einsendung dieses Abschnittes erhalten Sie sofort unseren **MOBEL-PRACHT-KATALOG** kostenlos zugestellt!

(NAME) _____
 (WOHNUNG) _____

Der Staat im Wohnungsbau.

Die Preussische Landespfandbriefanstalt berichtet.

Der starke Ausbau der öffentlichen Wohnungswirtschaft und das weitgehende Versagen der privaten Banken in der Finanzierung des Wohnungsbauwesens haben zwangsläufig zur Schaffung neuer öffentlicher Finanzinstitute zur Finanzierung des Baumarcktes geführt. Die wichtigsten dieser Institute haben Preußen und das Reich geschaffen: Preußen in der Preussischen Landespfandbriefanstalt-Berlin, die im preussischen Staatsgebiet für Provinzen, Kreise und Städte als Hypothekendarlei fungiert, und das Reich in der Deutschen Bau- und Bodenbank A.-G., die sich für das ganze Reich, insbesondere auf die Beschaffung der Zwischentredite spezialisiert und für die nicht preussischen Gebiete in der Deutschen Wohnstätten- und Hypothekendarlei als ein Hypotheken- und Pfandbriefinstitut sich angegliedert hat. Beide Banken vermögen neben ihrer allgemeinen öffentlich-wirtschaftlichen Tätigkeit Gelder des Reichs bzw. Preußens und großer öffentlicher Unternehmungen, soweit diese speziellen Wohnungsbauzwecken gewidmet sind.

Die Preussische Landespfandbriefanstalt hat im achten Jahre ihres Bestehens eine Rekordentwicklung zu verzeichnen. Die Summe der von ihr ausgetragenen Hypothekendarlehen hat sich in dem einen Jahr 1928 von 55,2 auf 128,9 Millionen Mark erhöht, die von ihr ebenfalls für Wohnungsbauzwecke gewährten Darlehen an Kommunen sind von 9,6 auf 19,3 Millionen Mark gestiegen. Dementsprechend hat sich der Umlauf von Pfandbriefen und kommunalen Schuldverschreibungen von 56 auf 132 Millionen Mark erhöht. Das bedeutet nicht nur für die Preussische Landespfandbriefanstalt eine Rekordentwicklung; die Zunahme der geschäftlichen Tätigkeit als Hypothekendarlei übertrifft auch weit die bisher bekannte Erweiterung der Geschäfte bei ähnlichen privatkapitalistischen Instituten.

Sehr erfreulich ist im Geschäftsbericht das verstärkte Bemühen, die beteiligten Wohnungsfürsorgegesellschaften und die Devisenwirtschaft durch sehr sorgfältige Darlegungen über die Entwicklung der Baumarckts- und Kapitalverhältnisse in der Vergangenheit, im letzten Jahr und über die wahrscheinliche Entwicklung im laufenden Jahre aufzuklären. Der Bericht kommt allerdings, angesichts der zunehmenden finanziellen Anspannung bei allen öffentlichen Körperschaften, der Unübersichtlichkeit des inneren sowie der Schwierigkeiten und der Verknappung auf dem ausländischen Kapitalmarkt für die Neufinanzierung von Wohnungsbauten zu pessimistischen Schlüssen. Ein Irrtum dürfte aber der Hinweis sein — hier ist wohl das Reich gemeint —, daß die öffentlichen Körperschaften die verfügbaren Mittel der sozialen Versicherungsträger zur Rassenfinanzierung heranziehen. Die letzte Aktion des Reiches bei den Sozialversicherungsträgern nimmt nämlich keine bei diesen vorhandenen Gelder in Anspruch, sondern leistet nur fällige Zahlungen, statt in bar aus vorhandenen Beständen von Reichsanleihen.

Die Bemühungen um eine weitreichende Publizität kommen auch in einer sorgfältigen Gliederung der gewährten Hypothekendarlehen nach ihrer Größe und provinziellen Verteilung, ferner auch in der Aufgliederung der finanzierten Neubaumwohnungen nach der Raumzahl der Wohnungen zum Ausdruck. Von den 16 315 im Jahre 1928 bewohnten Wohnungen hatten rund 68 Prozent 1 bis 3 Räume und Küche und rund 35 Proz. 1 bis 2 Räume und Küche. Es handelt sich also bei der Tätigkeit der Preussischen Landespfandbriefanstalt ganz ausgesprochen um die Förderung des Baus von Kleinwohnungen, was auch aus dem Durchschnittsbetrag der Beleihungen von 9800 M. — bei Darlehen unter 100 000 M. von 6020 M. — zum Ausdruck kommt. Eine recht interessante Erhebung über die Berufe der Wohnungsinhaber der von dem Institut finanzierten Wohnungen, die uns zur Verfügung gestellt wurde, zeigt 57,5 Proz. Ländliche und städtische Arbeiter der privaten und öffentlichen Wirtschaft, 23,3 Proz. Beamte und Angestellte, nur 5,6 Proz. Handwerker und Kaufleute und 11,5 Proz. Angehörige der freien Berufe und Berufslose als Wohnungsinhaber.

Die Wirksamkeit der staatlichen Bemühungen um eine ausreichende Finanzierung des Neuwohnungsbaus kommt auch in der im vergangenen Jahre vorgenommenen Erhöhung des Grundkapitals der Anstalt von 17,8 auf 25,2 Millionen zum Ausdruck, wovon allein 24,1 Millionen auf die Beteiligung der preussischen Staatskasse entfallen. Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 127 auf 213 Millionen Mark gestiegen. Die Summe der Einnahmen hat sich von 3,08 auf 10,27 Millionen erhöht, die Verwaltungskosten sind trotz rekordmäßiger Geschäftsausdehnung nur von 0,55 auf 0,80 Millionen erhöht, so daß mit 2,03 Millionen gegenüber dem Vorjahr (1,07 Millionen) ein fast verdoppelter Reingewinn ausgewiesen werden konnte. Aus diesem Reingewinn wird die geleglich für gemeinnützige Institute normierte Dividende von 3 Proz. an die öffentlichen Anteilhaber verteilt.

Im neuen Jahre hat sich bis zum 31. Februar der Darlehensbestand weiter um mehr als 8 1/2 Millionen, der Umlauf an Pfandbriefen und kommunalen Schuldverschreibungen um mehr als 14 Millionen erhöht. Von den Auswirkungen des Trostes werden ungünstige Folgen für die neue Bauwirtschaft erwartet.

Der Bericht der Preussischen Landespfandbriefanstalt ist gewiß sehr erfreulich. Wir hätten aber auch gern einiges über die Zinspolitik des Instituts gehört und insbesondere darüber, ob die staatlichen Hypothekendarleihen die gegenwärtige sehr starke und rücksichtslose Gewinnmacherei der privaten Hypothekendarleihen mitmachen oder nicht. Wirtschaftlich-politisches Verdienst in der Förderung des Wohnungsbauwesens haben öffentliche Institute selbstverständlich erst dann, wenn sie durch ihre Arbeit auch zu einer Senkung der Finanzierungskosten, und zwar in bewusster Konkurrenz mit dem Privatkapital beitragen.

Frankreich hindert Rheinbrückenbau

Protest des Reichstags. — Maiszolldebatte.

Der Reichstag behandelte am Mittwochnachmittag die Interpellation des Zentrums über den Bau von drei Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Mayau. Die Reichstagskonferenz in Paris hat bisher diese Bauten verhindert.

Ein Antrag Fried (Nat.-Soz.) auf Herbeiführung des „erhabenen Reichsaussenministers, der in den Orangeblütenräumen von Socarno“ weise, wird abgelehnt.

Abg. Hoffmann-Ludwigshafen (Z.) begründet die Interpellation mit der dringenden Notwendigkeit dieser Bauten, für die der Reichstag bereits die Mittel bewilligt hat.

Die Reichstagskonferenz hat die Entscheidung ausgesetzt bis zur Beendigung der „Prüfung“ der Eisenbahnen im besetzten und entmilitarisierten Gebiet, d. h. in einem Viertel des Reichsgebietes.

(Hört! hört!) Da sehen wir, was mit der „Vergleichskommission“ beabsichtigt ist; daß England, Italien und Japan diese französische Schikane mitmachen, verstehen wir nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Die Rheinlandkommission hat sogar die Zulassung deutscher Polizeihilfe bei Hochwassernot abgelehnt! (Hört! hört!) Die bestehenden Rheinbrücken nach der Pfalz reichen längst nicht mehr aus. Die empörende Beordnung eines Volkes, das im Völkervertrag vertreten ist, erscheint unerträglich. Was will die Regierung tun? (Beifall.)

Reichsverkehrsminister Schädel: Die Regierung erkennt die Notwendigkeit dieser Brückenbauten vollkommen an. Wir haben in den letzten Tagen einen diplomatischen Schritt deswegen unternommen. Unfälle der letzten Zustände fallen den Befehlungsbehörden zur Last. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Remmele (Soz.):

Baden, Hessen und die Pfalz sind Grenzländer geworden wie vorher Elb- und Ostpreußen. Die Industrie leidet ungeheuer, sie wandert ab, und die Arbeitslosenzahlen in diesen Ländern gehören zu den höchsten in Deutschland. Nicht eisenbahntechnische Gründe sind für diese Brückenbauten maßgebend, wenn auch die Zustände auf der Eisenbahnbrücke Mannheim-Ludwigshafen zum Himmel schreien; Schnellzuglokomotiven dürfen nicht mehr darüber fahren, es dürfen auch nicht zwei Züge gleichzeitig die Brücke befahren, ja die Triebwagen der elektrischen Bahn sind schon zu schwer dafür. Ebenso wie in Frankreich wird auch am Rhein der Posttransport immer mehr durch Lastautos besorgt, also müssen die Straßen und die Straßenbrücken verbessert werden. Ohne den Krieg wäre die Straßenbrücke Mannheim-Ludwigshafen schon neu gebaut. Die Schiffbrücken von Speyer, Mayau und Gernersheim lassen sich nicht verbessern, sie müssen durch feste Brücken ersetzt werden. Während die Reichsbahn den Zustand immer noch erträglich fand, hat die Bevölkerung auf den Neubau der Brücken gedrängt. Eine Fahrt Karlsruhe-Berlin ist heute bequemer als von Karlsruhe in die Pfalz.

Die Schikane Frankreichs zeigt sich auch darin, daß man von uns den Bau eines Zollgrenzbahnhofs in Rehl erfordert und nachdem wir uns dazu bereit erklärt haben, die Zustimmung nicht gegeben hat, sondern erndet, ob dieser Bahnhof nicht in Straßburg errichtet werden soll!

(Hört! hört!) Die Regelung des kleinen Grenzverkehrs hat man zum schwersten Schaden der Wirtschaft jahrelang verlagert. Jetzt soll die Entscheidung von dem Prüfungsergebnis der Interparlamentarischen Kommission abhängen. Die Mannheim-Brücke ist 1868 gebaut, damals hatte Mannheim 30 000 und Ludwigshafen 8000 Einwohner, heute 245 000 und über 100 000, mit dem Hinterland 300 000. Die Zustände bei Mayau und Speyer hindern die Schifffahrt und verursachen der Bevölkerung große Verluste. Das Reich widmet sich Südwestdeutschland nicht die erforderliche Aufmerksamkeit. Notstands-gelder können die Wirtschaft nicht dauernd befeuern, außerdem vernichten sie die Moral und bringen die Finanzen in Unordnung. Frankreich weicht von Straßburg her, wie notwendig die freie Rheinschifffahrt ist. Frankreich schädigt aber die süddeutsche Wirtschaft in schwerer Weise. Deshalb müssen wir fordern, daß die Entscheidung über diese Brückenbauten nicht von militärischen Rücksichten abhängig gemacht wird.

Wenn Frankreich seine Worte in die Tat umsetzen will, so muß es die Schikane einstellen und eine Politik wahrhafter Verständigung treiben.

(Beifall.) Abg. Dr. Japs (Dp.) erklärt im Namen der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei und Bayerischen Volkspartei, auf das Wort zu verzichten, da Argumente durch Wiederholung nicht stärker werden und das ganze Haus in dieser Frage einig sei.

Abg. Dr. v. Dreyander (Dnat.) beantragt, die Regierung um Vorlage einer Denkschrift über die Verkehrsbehinderung durch die Besatzungsbehörden zu ersuchen.

Nach weiterer Debatte — der Sozialdemokratische Fried erhält dabei einen Ordnungsruf wegen der Aufforderung „an den Galgen mit den Verbrechern, die uns 10 Jahre lang irreführt haben“ — ist die Interpellation erledigt. Ein kommunistischer Antrag gegen die Erhebung eines Brückenzolls durch die Reichsbahn auf der Mannheimer Brücke wird angenommen, ebenso der Antrag Dreyander.

Der Reichstagsantrag der Kommunisten gegen die Reichsregierung im Anschluß an die Groener-Debatte vom Dienstag wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Deutschen Nationalen und Nationalsozialisten abgelehnt, desgleichen der Reichstagsantrag gegen den Reichminister bei Stimmeneinstellung der Deutschen Nationalen gegen die Kommunisten und Nationalsozialisten.

Es folgt die zweite Beratung des Zusatzabkommens zum Handelsvertrag mit Süßlawien.

Abg. v. Stubbendorff (Dnat.) bekämpft die Herabsetzung des Maiszolls von 5 auf 2,50 M. in dem Zusatzabkommen. In der gegenwärtigen Notlage der Landwirtschaft sei eine solche Handelspolitik ganz unverständlich.

Die Abgg. Gerauer (Dp.) und v. Sybel (Chr.-nat. Bauernpartei) sprechen im gleichen Sinne.

Abg. Mathilde Wurm (Soz.)

hört Stubbendorff entgegen: Eine Gegenleistung für unser Zugeständnis liegt darin, daß der zulässige Höchstgehalt von Weizen in gewissen Bezirken erhöht worden ist. Der Protest gegen die Herabsetzung des Maiszolls ist ganz unverständlich. Die Kartoffelbrennereien im Süden und Westen sind auf Weizenbrennung gar nicht eingerichtet. Uebrigens ist Herr Stubbendorff selbst Interpellant, und da wir hier eine Versammlung von Volksvertretern und nicht von Interessentenvertretern sind, sollte man Leute, die persönlich am Verhandlungsgegenstand interessiert sind, lieber nicht dazu sprechen lassen. (Lebh. Zustimmung links.) Der Maiszoll ist gegen unsere Stimmen eingeführt worden, wie wir überhaupt gegen alle Futtermittelzölle sind. (Zuruf rechts.) Sie werden noch Gelegenheit erhalten, mit uns dagegen zu stimmen. Heute ist der Maispreis so hoch, daß der Mais gar keine Konkurrenz gegen die Kartoffel darstellt. Für die Einführung des Zolls war die Konjunktur maßgebend, für seine Herabsetzung soll sie nicht maßgebend sein! Die angebliche Schädigung des deutschen Volkes durch den Verzicht auf eine Zollernahme von 2 1/2 Millionen Mark kann gar nicht behauptet werden, wohl aber würden die Reichsfinanzen erheblich geschädigt, wenn die unzähligen Anträge der agrarischen Parteien angenommen würden. (Zuruf rechts: Wir wollen ja gar kein Geld, wir wollen anständige Zölle haben!) Da kennen Sie Ihre eigenen Anträge nicht, denn diese verlangen neue Kredite, Subventionen, Ausschub der Zinszahlung, Streichung der Schulden usw. (Zuruf rechts: Verschonen Sie nicht den Maiszoll!) Sie wissen ganz genau, daß

diese 2 1/2 Millionen gar keine Rolle im Reichshaushalt

spielen, und daß sie durch die Verwaltungsausgaben schon aufgebraucht werden. (Andauernde Zwischenrufe rechts.) Wenn ich alle Ihre Zwischenrufe beantwortete, verkürze ich meine Redezeit, und wir werden uns doch nicht verständigen, worauf ich auch wirklich gar keinen Wert lege. (Lebh. Zustimmung links.) Wie stellen Sie sich eine Verständigung vor, wenn Sie gegen einen bestehenden Handelsvertrag wegen eines Zusatzabkommens Sturm laufen? In Amerika wird man das als üble Manier empfinden. Die Zollernahme für Weizen ist im Einverständnis mit der damaligen Regierung zollfrei gemacht worden; würde der Zoll wieder eingeführt, so würden die 500 bis 600 Arbeiter der Weizenfabrik auf der Straße liegen, und ihre Unterstützung würde mehr kosten, als der Zoll einbrächte. Sehr erstaunlich ist, daß der Abgeordnete Gerauer im Namen der Bayerischen Volkspartei gegen die Herabsetzung des Maiszolls gesprochen hat, obwohl diese Herabsetzung aus Verlangen der württembergischen und bayrischen Regierung erfolgt ist! (Zuruf rechts: Sie scheuen die Öffentlichkeit!) Im Gegenteil, wir sind weit mehr als Sie dabei, die deutsche Öffentlichkeit über all diese Dinge aufzuklären, die zur

Verteuerung der Lebensmittel der breiten Massen

beitragen. Wir sind gegen jede Erhöhung der Futtermittelzölle, die den kleinen und mittleren Bauern nichts nützen, aber die Lebenshaltung der Volksmassen verteuern. Meine Partei stimmt dem Vertrag zu. (Beifall bei den Soz.)

Reichsernährungsminister Dietrich erklärt, der Gehalts einer Herabsetzung des Maiszolls sei aus der Landwirtschaft an ihn herangefommen, und die bayerische Regierung habe sich ihn zu eigen gemacht. (Hört, hört! links.) Nach Erklärung der Sachverständigen werde die Kartoffelproduktion dadurch in keiner Weise geschädigt.

In der weiteren Debatte sagt Abg. Stubbendorff (Dnat.), wenn er als Interessentenvertreter gesprochen, hätte er billigen Mais für seine eigene Brennerei vorziehen müssen; im Interesse der Landwirtschaft sei er gegen die Maiszollernahme. Wird der Mais zu billig, so werden die Kartoffeln durch Verfütterung in Schweine umgewandelt, und dann werde die Schweinezucht durch Ueberproduktion ruiniert.

Abg. v. Sybel (Chr.-Nat. Bauernp.): Die Weizenfabrik zahlt hohe Dividende, braucht also nicht zu schließen, wenn der Mais teuer wird; sollte die Fabrik aber zum Schließen gezwungen sein, was ich von Herzen wünsche (lebh. Hört, hört! bei den Soz.), so könnten die Arbeiter in der deutschen Kartoffelindustrie arbeiten statt für Amerika.

Abg. Tanzen (Dem.): Der deutsch-nationale Graf Stolberg hat die Einfuhr ausländischer Lebensmittel als unethisch bezeichnet. (Andauerndes Geschrei rechts, um die Widerlegung der agrarischen Behauptungen durch den Redner unhörbar zu machen). Der Grundbesitz ist für die Schweinezucht gar nicht ausschlaggebend.

Nach weiterer Debatte wird Artikel 1 der Vorlage im Hammersprung mit 205 gegen 112 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen; in einfacher Abstimmung darauf das ganze Gesetz in zweiter und dritter Beratung. Die Schlußabstimmung ist auf Antrag der Deutschen Nationalen namentlich. Ergebnis: 250 Ja, 135 Nein, 3 Enthaltungen.

Heute, Donnerstag, 2 Uhr: Antrag der Deutschen Volkspartei auf Einschränkung des Ausgabenbereichs des Reichstages. Schluß 6 Uhr.

Berichtigung. In seiner Rede zur Groener-Denkchrift-Interpellation hat Reichstagsminister Müller den Anteil der Reichswehrkosten am Reichsetat nicht auf 28 Proz., sondern natürlich auf nicht einmal 6 Proz. angegeben. (750 Millionen von 10 Milliarden Mark).

Um Geld, Zeit und Arbeit zu sparen

muß man immerhin schon tüchtig sein und wissen, wie man's macht. Bekanntlich haben bei nennenswerten Ausgaben, insbesondere bei solchen für Lebensmittel, die Frauen das Wort. Sie sehen mit Kennerblick was gut ist und ihnen möglichst Ersparnisse eintragen kann. So haben denn Millionen

von Hausfrauen den großen Vorteil der Zeit- und Arbeits-Ersparnis schon früh erkannt und verwenden seit mehr als 30 Jahren zum Backen von Kuchen, Torten und Kleingebäck

nur Dr. Oetker's Backpulver „Backin“

Eier und die anderen wertvollen Zutaten sind niemals aufs Spiel gesetzt, weil die gleichmäßige und sichere Triebkraft von Backpulver „Backin“ unübertrefflich ist. Die Kuchen werden schön groß und locker, vor allen Dingen wird durch „Backin“ der Wohlgeschmack in keiner Weise beeinträchtigt und bestbekömmliche Gebäcke erzielt. — Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ wird in der vollendetst eingerichteten und größten Fabrik Europas in vorbildlich sauberster Weise ohne jede Verührung durch Menschenhand hergestellt.

„Backin“ ist ein rein deutsches Erzeugnis, selbst seine Grundstoffe stammen aus Deutschland. Die leicht verständlichen Rezepte in Dr. Oetker's farbig illustriertes Rezeptbuch, Ausgabe F, dem Sie eine Fülle von Anregungen entnehmen können, machen Ihnen das Backen kinderleicht. Es ist für 15 Pfennig in allen einschlägigen Geschäften oder, wenn vergriffen, gegen Einsendung von Marken von mir direkt zu haben.

Kennen Sie schon die vorzüglichen Back- u. Bratapparate „Küchenwunder“, „Deha“ und „Zauberglocke“? Alle drei sind bestens zu empfehlen. Zu haben in allen besseren Haushaltungsgüter-Geschäften.

Dr. August Oetker, Bielefeld.

Im Berliner Hausfrauen-Verein kommt nur Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ zur Verwendung.

Erna Büsing: Der Mustang schreit

Für seine Herde war er ein Gott, der Mustang. Seine Gestalt war gedrungene Kraft, seine Augen überblickten die ganze Weite der Prärie, seine Ohren nahmen jedes Geräusch wahr, seine Rüstern witterten jedwede Gefahr und groß und wiegend war sein Schritt. Nie kannte er den Trub, diese lächerliche, amozogene Gangart der zivilisierten Pferde, dieser elenden Menschenknechte. Er kannte nur den raumgreifenden Galopp und den großen Schritt.

Vortrefflich brachte er sie durch, seine Herde. Er wußte, Pferde sind keine Wülfresser, Pferde sind die geborenen Ledermäuler, sie tun sich dann mal an diesem, dann mal an jenem Gras etwas zugeute, und er führte sie auf gräserbunte, auswahlsreiche Weiden. Drohte seiner Herde Gefahr, dann donnerte sie über die Weiden. Die Hufe waren unbeschlagen, aber sie waren hart, härter als das plattabgenutzte Eisen beschlagener Stadtpferde. Und wenn auch die ganze Herde auf der Flucht war, so kannte auch nicht ein Tier in der Angst. Denn festeste war ihr Vertrauen zum Führer, dem Mustang. Nach geglätteter Flucht vor Menschen oder Raubtieren lief die Herde noch ein beträchtliches Stückchen weiter, aus purer Freude an dem Beitrennen. Und die erregte Herde joff sich voll an Wassertrümpeln. Kein Tier war lungensau. Ob Hitze, ob Kälte, was kümmerte es den Mustang und seine Herde. Wie eine Woge rollte sie über die Weiden, sicher wie eine Drahtseilbahn erkletterte sie Gebirge, festen Schritten, gleich einem Maultier glitt sie Treppen hinab und raubtiergleich wand sie sich durch dornige Büsche. Oft hing, namentlich zur Zeit der Haarung, buntes, flaubiges Pferdehaar an den Sträuchern und der präreltändige Mensch wußte, hier brach der Mustang mit seiner Herde durch.

Raum ein Hengst wagte sich je in das Reich des Mustangs. Sie merkten es in sicherem Instinkt, die Stuten hatten kein Interesse für fremde Hengste. Wildpferdstuten sind primitiv natürlich, sie lieben die Kraft und weiter nichts als die Kraft, denn sie lieben nicht nur den Hengst, sie lieben zugleich im Hengst ihre eigene gesunde Nachkommenchaft. Kam aber dennoch gelegentlich einmal ein fürwärtiger Hengst in sein Reich, dann schlappete der Mustang die Ohren an den Kopf, wieherte gleich einem Trompetensignal, das Angriff kündet, und biß seinem Gegner entweder ein Stück aus dem Hals oder schlug ihm ein Stück Bealsteak à la Tartar aus der Brust. Auf jeden Fall tröckelte der fremde Hengst bald davon. Unheimlich schnell konnte der Mustang sich drehen und furchtbar aussteilen. Er war so wendig, daß er oft aus reinem Uebermut Eden derartig schnell und kurz nahm, daß er ein Saltmortale schlug.

Bill kannte den Mustang, denn Bill war ein Comboy. Genau so sah Kind der Prärie wie der Mustang selbst. Bill hatte freilich einmal Sehnsucht nach der Stadt gehabt, aber als er in ihr weilte, hatte er sich wie ein scheues Kästchen an den Häuserfronten entlang geschlichen. Er war bald aufgefallen und die Leute hatten ihn ausgelacht. Da hatte er seine Lederweste ausgezogen, seine Stiefeln besonders eng geschnürt und wollte eine Prügelei anfangen, doch es war sofort ein fürsorglicher Schutzmann gekommen und hatte gesagt, solche Romane seien hier nicht Mode. Darüber war Bill höchst empört und er dachte die Stadt, in der ein ehrlicher Comboy sich auszeichnen lassen mußte ohne sich Vergewaltigung verschaffen zu können. Nach diesem unerhörten Vorfall war ihm die Prärie noch lieber geworden, als sie es vorher schon gewesen war.

Bill liebte aber nicht nur die Prärie, Bill liebte auch die Tiere, die sie bewohnten. Er kochte seine Kinderherden und er kochte jedesmal, wenn sie in die Schlachthäuser geführt wurden. Er lehnte solche Stadtransporte ab, obwohl man sie ihm so gerne anvertraut hätte, denn man wußte, der Bill bringt die Herde durch und wenn sie auch tagelang unterwegs sein muß. Er kannte die Kräfte der Tiere genau, so daß ihm unterwegs wenig an Erschöpfung eingingen, er wußte, wo die Grislphären hausten, so daß er ihnen aus dem Wege ging, — und Viehdiebe, nun, die trauten sich an Bill nicht heran. Die wußten, schießen machte ihm Freude, schau, wenn es nicht nötig war. Rühin, man hätte Bill so gerne als Transportführer gehabt. Aber er sagte: „Wenn die Städter durchaus Kinderbraten fressen wollen, können sie ihn sich gefälligst selbst holen.“ Und was Bill nicht wollte, das tat er nicht. Bills Entschlüsse waren unabänderlich. Ob man auf Anien vor ihm lag oder ob man ihm eine Pistole auf die Brust legte.

Man zog Bill selten zum Stadtdienst heran. Nicht, weil er die Städte nicht gründlich säuberte, sondern weil er joff. Und der Alkohol ist ein absonderlicher Freund. Er machte Bill entweder lustig oder wehmütig, auf jeden Fall aber schiefwütig. Hatte er 25 Kognak getrunken, schob er noch irgendeinem guten Freunde einen Apfel vom Kopf, beim 26. Kognak mußte der Apfel vorfichtshaber auf den drei-

ten Comboyhut gelegt werden, beim 30. Kognak hingegen wurde der Apfel nur noch zwischen den Fingern weggeschoben. Bill kannte seine Unterschiede, aber geschossen wurde auf jeden Fall, daran konnte ihn selbst nötige Beirunkenheit nicht hindern.

Jedoch Bill schob nicht nur, Bill weitete auch, wenn er Stalldienst hatte. So hatte er einmal gewettet, er würde den Mustang fangen.

Am nüchternen Zustand reute ihn die Weite sehr. Aber Weiten müssen ausgetrugen werden, das ist Ehrensache. Bill kam sich vor, als habe er seinen Freund verraten. Denn oft hatte Bill die Weiden bezogen, auf denen vorher der Mustang und seine Herde die ihnen besonders gutschmeckenden Gräser genupft hatten. Bill nannte das

Gedichte von Jakob Haringer

Nachts

In meines Kammer blüht ein Stern,
Und hat mich sonst auf Erden niemand gern,
Dies kleine Sternlein nickt mir blitzend zu:
Du armer, müder Bettler gib jetzt Ruh!
Vielleicht schläft mir ein totes Lieb den Stern,
Vielleicht ein Freund, der auch so arm und fern.
Jetzt! wenn du morgen wieder tot und müd —
Denk an den Stern, der aus dem Dunkeln blüht.

Tot

Ist alles eins, Was liegt daran,
Was liegt daran — Ist alles eins —
Der hat sein Glück, Der fand sein Glück,
Der seinen Wahn. Und ich fand keins.

Arbeitsleistung. Die Gräser waren eben da, um gefressen zu werden, und Gottes freie Natur gehörte keinem Menschen, selbst dann nicht, wenn man, wo menschliche Behausungen zusammenstießen, einen Zaun um sie gelegt hatte. Niemals wäre es ihm eingefallen, die Wildpferde von der Weide seines Herrn zu vertreiben. Er ließ sie groß und wenn sie weilerzogen, reparierte Bill, wenn sie auf abgegrenzte Gebiete geraten waren, die zertratenen Zähne.

Kam mußte er den Mustang fangen. Bill setzte sich in Galopp. Pferd und Mensch im Galopp, bedeuten Feind, das wußte der Mustang. Er stob mit seiner Herde davon. Doch Bill ließ ihm keine Ruhe, er verfolgte ihn. Er kannte seine Gemohnheiten genau, er nutzte sie aus. Er sonderte ihn ab von der Herde, und der Mustang, der inständig merkte, mir gilt die Jagd, er ließ sich absondern, aus Besorgtheit um die Herde. Bill hatte ein gutausgerichtetes, kräftiges Pferd, das mit Hafer gefüttert war. Der Mustang hatte Zeit seines Lebens noch nie Kraftfutter zu sich genommen. Bill war im Vorteil, wenn das Pferd auch ihn und den 30 Pfund schweren Bodkattel trug. Dem Mustang machte die Jagd keine Freude mehr, er ließ jetzt um sein Leben. Noch hatte er Selbstbewußtsein, aber langsam froh die Angst in ihm hoch, sie war gefährlich für ihn, sie wurden für ihn zur Last, denn der Mustang hatte sie bisher nicht gekannt. Der Mustang konnte wohl Entfernungen schätzen, aber den Pass, den kannte der Mustang nicht. Und im gegebenen Augenblick, als er nahe genug war, warf Bill ihm das Leder um den Körper. Bills Stute legte sich gegen den Pass, aber der Mustang presste die letzten Kräfte aus sich heraus, er troch förmlich am Boden entlang und Bill hatte in der Aufregung der Jagd das Gelände nicht überhauet, der Mustang schleifte sich und seine Verfolger zum Abhang. Er stürzte mit Bill und Pferd in den Abgrund.

Keiner von den dreien stand wieder auf. Bills letzte Worte waren: „Mir Schuß geschieht recht, aber es ist schade um auch“. Dann dachte er an sein Pferd und an den Mustang. Der Mustang fühlte, er konnte seine Herde mehr führen. Er lag neben einem toten Pferd, er lag neben dem sterbenden Bill und dachte an seine Herde und sah eine grüne Weide vor sich und unterdrückte sein Stöhnen, das ihm aus den Rüstern quoll und schrie und schrie und schrie seine Herde zusammen zu einem guten Futterplatz.

Eine Stunde ein Jude Ein Reiseerlebnis Peter Hebel

Unter dem eigenartigen Titel „Eine Stunde ein Jude“ wird in den Feinergelt von Berthold Auerbach, dem bekannten Verfasser der „Schwarzwälder Dorfgeschichten“, herausgegebenen illustrierten Volksbüchern über ein Reiseerlebnis Peter Hebels berichtet. Hebel selbst ist ja vollständig geworden durch seine vielfach in alemannischer Mundart verfassten Dichtungen, vor allem durch sein „Schachkästlein“ und ein Büchlein mit sehr hübschen Kästlein. Er lebte von 1760 bis 1826 und war Theologe. Um so bestrebender mutet das Erlebnis an, das er hatte, als er nach beendetem Studium von der Universität Erlangen mit dem Künzler auf dem Rücken heimwanderte. Damals gab es noch die schöne Bestimmung, daß Juden beim Betreten einer Stadt dem Zollwächter am Tore den sogenannten „Zollgold“ zu zahlen hatten, etwa wie für Vieh, das in die Stadt gebracht wurde, eine Gebühr entrichtet werden mußte.

Als nur Hebel an das Stadttor von Seegringen kam, dem damaligen Grenzort der Markgrafschaft Ansbach, hielt ihn der Zollbeamte für einen Juden und rief ihn ganz grob an: „Se, verdammter Jude, Zoll bezahlen!“

„Ich bin kein Jude“, entgegnete Hebel. Der Beamte glaubte ihm nicht und wollte seinen Hund auf Hebel loslassen. Darauf verlangte Hebel, vor dem Richter geführt zu werden. Auch der Richter fuhr ihn zunächst aufs Schärfste an. Als Hebel dann seine Studentenspiere vorlegte, aus denen hervorging, daß er christlicher Theologe war, wollte der Richter zuerst ihn bestrafen, weil er sich für einen ausgegeben hätte, der er gar nicht wäre. Dem Zöllner jedoch tabelte der Richter nicht, sondern endlich Hebel schließlich mit groben Redensarten.

Hebel hat sich später an diesem Orte gerächt, indem er in wüßiger Weise alle albernen Narrenstreiche, von denen er erzählte, nach Seegringen verlegte, wie man sie anderswärts von Schilda oder Schöppenstein erzählt. Das Erlebnis hatte aber noch eine tiefere menschliche Bedeutung für Hebel gewonnen. Er war damals auch von dem Zöllner in schmählicher Weise durch die Stadt transportiert worden, bis er vor dem Richter kam, und unterwegs hatte ihn die Bevölkerung beschimpft, und die Schulfreier waren ihm nachgelaufen und hatten „hepp, hepp!“ geschrien. Diese schmähliche Art, Menschen zu behandeln, hatte den jungen Mann so empört, daß er sich von da an mit besonderer Zuneigung und Freundschaft gerade den ungerecht behandelten und mißachteten Juden ansetzte. Er schrieb Aufsätze über den Philosophen Moses Mendelssohn, den Freund Lessings, und über die Sanhedrin, die große jüdische Synode, und machte es sich zur Aufgabe, das Vorurteil gegen die Juden zu bekämpfen.

Berthold Auerbach, der uns diese (übrigens auch von Hebel selbst in seinen Werken ausführlich geschilderte) Geschichte erzählt, ist selbst Jude gewesen. Er hat äußerlich schwer unter den Stöckerischen antilemischen Agitation gelitten, wie er oft mit Bitterkeit hervorgehoben hat. In der Widmung von Hebels Abenteuer in seinen illustrierten Volksbüchern hat Auerbach am Schluß die Worte angefügt: „Wenn jeder nur einmal einen Tag, eine Stunde, für einen Juden gehalten worden wäre, er würde sein Vorurteil oblegen und es in Gerechtigkeit und Liebe verwandeln.“

Im Luxusviertel Herculaniums Klüster vor 2000 Jahren

Wenn die neuen Ausgrabungen von Herculanium der Öffentlichkeit zugänglich gemacht sein werden, dann wird man zum ersten Male römische Villen der Kaiserzeit in einem Erhaltungszustand sehen, wie er auch in Pompeji nicht vorhanden ist. Unter der glühenden Asche des Vulkanausbruchs sind hier selbst die hölzernen Teile der inneren Einrichtung, zwar verkohlt und zerbrochen, aber doch unberührt erhalten. Es wird einer der Triumphe der modernen Ausgrabungstechnik sein, daß diese Gegenstände durch ein bisher noch geheim gehaltenes Konservierungsverfahren in ihrem ursprünglichen Zustand bewahrt werden. Die italienische Blätter berichten, werden die Wiederherstellungsarbeiten von dem Leiter der Grabungen, Prof. Ventimiglia, mit der größten Sorgfalt durchgeführt.

Unter diesen fast 2000 Jahre alten Häusern ist das Wichtigste eine dreiflügelige Villa, deren untere Räume erstaunlich gut erhalten sind. Die Villa war augenscheinlich von reichen Leuten bewohnt, denn die Räume waren mit kostbarem Mosaikschmuck ausgestattet und die Bahrdäume, deren bleierne Heizungsrohre zu sehen sind, waren mit Marmor belegt.

Diese Villa hat keinen Namen; ganz in der Nähe aber befindet sich ein anderer Luxusbau, den man „das Haus des Silestis“ genannt hat, weil man die Ueberreste eines vom Tode überforderten Bewohners gefunden hat. Die Fußböden dieser Villa sind mit farbigen afrikanischen Marmor belegt, einem kostbaren Stoff, der sich in Pompeji nicht findet, und in einem Raum ist ein sehr schöner Familienaltar in die Wand eingelassen, der von bunten Mosaiken umgeben ist. Die Zimmer strahlen im reichen Freskenschmuck; die Fenster nach der Hinterseite haben noch ihre eisernen Gitter, die jetzt von gehärteter Asche bedeckt sind; in eine Mauer war ein Geldschrank eingebaut, der silberne und bronzene Münzen enthielt. Ein Raum nach der Hinterstraße zu war augenscheinlich der Betsaal, in dem sich ein riesiges Langgefäß von der Größe einer Lauge eingegraben findet, das Sprünge aufweist, die durch Drähte zusammengehalten wurden. In all diesen Villen ohne Dächer ist jetzt eine Schär von sachverständigen Arbeitern am Werke, um diese wieder aufzustandene Pracht nach Möglichkeit im alten Glanze auszubessern.

Das stroffeste Vanille-Aroma. Nach den jüngsten Untersuchungen des amerikanischen Chemikers P. S. Lutts übersteht das Aroma der Vanille das Eintrieren ohne jeden Schaden, wie denn auch ein längeres Lagern der Vanille ihren Duftgeschmack nicht entzieht. Die Versuche, bei denen der Forscher acht verschiedene Vanillesorten prüfte, wurden in der Weise ausgeführt, daß 214 Tage lang und zwar immer mit den acht Vanillesorten täglich die gleichen Spülen hergestellt wurden. — Die jeden Tag vorgenommene Prüfung ergab, daß das Aroma am letzten Tage so kräftig war wie am ersten und weder durch den Frost, noch durch das Aufbewahren der Vanille gelitten hatte. Sogar im fest eingefrorenen Zustande behielt die Vanille ihr feines Aroma bei.

Iwan Heilbut: U-Bahnfahrt

Theoretisch geht in einem U-Bahnwagen eine abgemessene Anzahl von Menschen hinein; praktisch hingegen wird sich ein Wagen niemals voll — natürlich ließe sich die ganze Menschheit hineinstopfen. Noch niemals habe ich einen U-Bahnbeamten „belehrt“ wesen hören, wie der Autobuschauffeur das mit Vorliebe tut. Während dieser den aufsteigenden Überzähligen Fahrgästen, die seinen Autobus entern wollen, mit vollendeter Zähigkeit entgegentritt, um sie im Fall des Widerstandes sogar aufs Pfaster zu schieben — drängt und drückt der U-Bahnbeamte (permiittiert der Wagentür, die er unbestimmt um noch in die Halle hinausragende Köpfe und Gliedmaßen zuschiebt). Alles was mit will in den Wagen hinein. Seine Erfahrung sagt ihm, daß die Flucht vor der eventuellen Quetschung in den — zwischen Wagen und Bahnsteig hängenden — Fahrgästen wahre Wunder an plötzlich aufstarker Energie hervorbringt. Und er irrt sich nicht!

Durchaus geistige Menschen bedienen sich in dieser hilflosen Situation brüsk ihrer Körperlichkeit, sie brauchen sich keinen Vorwurf zu machen, denn hinter ihnen will die Tür ins Schloß und das ist force majeure. Dann legt sich der Wagen in Bewegung und kurz darauf fällt der erste Biß von den Lippen eines Komorbolen oder eines Beherlings; in jüngeren Jahren macht einem ein eingebrachter Brustkorb nichts aus, im Gegeleit, er regt zu Vergleichen an, etwa mit Heringen oder mit Delfardinen. Die reiferen Männer indes nehmen die Sache verteuert ernst. Ob das Gegenüber, dessen Atem warm überm Schnurrbart herporströmt, nicht im Interesse der Allgemeinheit den Bauch eingehen — oder den Koffer,

der auf dem Boden steht, auf die Schulter nehmen könnte? Es wird sohalsig berechnet, wieviel Raum bei solcher Dehnbarkeit zu sparen wäre; dabei denkt jeder immer nur an die Raumverwendung des anderen und nie an sich selbst. Nur in einer Hinsicht stimmen sämtliche Fahrgäste mit geprehten Leibern überein: daß an der nächsten Haltestelle keine Maus geschweige denn ein Mensch in den Wagen eingelassen werden dürfe. Dennoch kommt anders. Der Wagen entläßt einen geringen Schuß seines Inhalts, und nun drängt eine dicke, kaum gepulverte Masse mit Häuten und Anien stehend herein. Wieder schließt die force majeure in Gestalt des U-Bahnbeamten mit Aufwand einiger Dutzend PS die Wagentür zu und zwingt die aus dem Wagen herausquellenden menschlichen Extremitäten ins Innere hinein, wo sich die zugehörigen Klumpen schon befinden. Draußen blinkt in der Signalfarbe am Stock, den die Hand des Stationsvorstehers hebt, das grüne Laternen auf — und mit doppelt so starker Befolgung als vorher legt sich der Zug in Bewegung.

Mit der Bestimmtheit eines Naturereignisses erfolgt nun der Biß: Die Pflle sei doch eigentlich angenehm, weil man niemand mehr umfallen könnte. Der tierische Ernst, mit dem sich Mensch und Mensch gegenüberstand, weicht dem Humor. Die jungen Mädchen entdecken die Komik der Situation und einige junge Herren lassen sich die Rugharmachung dieser Entdeckung angelegen sein. Auf dem Koffer für die Feuerpritze an der Schmalfseite des Wagens ist ein Fräulein, sie hält den Bibliotheksröman im Schutzmantel von schwarzem Lack müßig in Händen. Unmerkbar lächelnd sieht sie der Heiberkeit in der Enge zu.

REKORDTAGE!

25

95

50

- 1 Strickhöschen für Kinder 25 Pt.
- 1 Strickjackchen für Babys 25 Pt.
- 3 Taschentücher für Kinder, weiss, 1 Zoll m. bun. Kante 25 Pt.
- 1 Kaffeeseviete Reinlein, ca. 24/34 cm 25 Pt.
- 3 Hrt. Waschköpfe sortierte Größen 25 Pt.
- 25 Meter Nahtband 25 Pt.
- 1 gr. Sack. Badeseife 25 Pt.
- 1 sa. feine Rasierseife 25 Pt.
- 1 Tube Zahnpasta Marke "Ercis" 25 Pt.
- 1 schönd. Brillantine 25 Pt.
- 1 Handbürste doppeltseitig 25 Pt.
- 1 Garantie-Zahnbürste 25 Pt.
- 1 Taschenkamm 25 Pt.
- 1 Kinder-Teller Porzellan 25 Pt.
- 1 Kaffeebecher mit Kanienmuster 25 Pt.
- 1 Porzellantasse mit Goldband 25 Pt.
- 1 Kompottschale gepresst 25 Pt.
- 1 Römer grüner Faam 25 Pt.
- 1 Fleischbrett 25 Pt.
- 1 Vorratsbüchse für Tee oder Kakao 25 Pt.
- 1 Emaille-Leuchter 25 Pt.
- 1 Schöpf- u. Schermess. 25 Pt.
- 1 Aluminium-Eierschneider 25 Pt.
- 1 Dosenöffner 25 Pt.
- 1 Ausgasskorb 25 Pt.
- 1 Tropfenfänger mit Beckenhalter 25 Pt.
- 1 Küchenmesser 25 Pt.

- 1 Knaben-Nachthemd mit farb. Pansen, Gr. 1 u. 2 95 Pt.
- 1 Mädchen-Nachthemd lichte Form Gr. 1-3 95 Pt.
- 1 Prinzessrock für Mädchen, reich garniert Gr. 1-3 95 Pt.
- 1 Damen-Trägerhemd mit Stickerei u. Spitze 95 Pt.
- 1 Unterhülle reich garniert 95 Pt.
- 1 Hüftformer gut Dreß 95 Pt.
- 1 Strumpfhaltergürtel elegant, Brochebest. mit 4 Haltern 95 Pt.
- 6 Herren-Taschentücher weiss Linon mit farbiger Kante, ca. 39 cm gross 95 Pt.
- 6 Damen-Taschentücher Reinlein, weiss mit Hobisaum 95 Pt.
- 6 Damen-Taschentücher weiss Batist mit eingewebter Kante und Hobisaum 95 Pt.
- 1 Küchenhandtuch gutes halbleinnes Daipergewebe, weiss, mit farbigen Kanten, ca. 60/100 cm, gestummt und gebändert, Stück 95 Pt.

- 1 Stubenhandtuch gutes halblein. Dreßgewebe, ca. 60/100 cm ges. u. geb. Stück 95 Pt.
- 1 Mittendecke weiss, hohe Blumenmuster, indanthronfarbig, ca. 80/90 95 Pt.
- 1 Stadtkoffer u. echter Hartplatt. m. Schliessschloß u. Metallgriff 95 Pt.
- 1 Porzemonnaie u. echtem Rindvullleder, m. grosser Zahllasche, u. einem Stück gearbeitet 95 Pt.
- 1 Rucksack für Kinder, aus starkem, grünem Gewebe, m. Rindleder-Höfen u. Regenklappe 95 Pt.
- 5 Stück Toiletteseife im Colophonpaket 95 Pt.
- 1 Dose Badesalz 95 Pt.
- 1 gr. Fl. Haarwaschseife 95 Pt.
- 1 prima Rasierpinsel 95 Pt.
- 1 Rasiergarnitur 95 Pt.
- 1 gute Frisierhaube 95 Pt.
- 1 eleg. Parfümzerstäub. 95 Pt.
- 1 gute Kopfbürste 95 Pt.
- 1 Butterglocke Porzell. mit Goldrand 95 Pt.
- 1 Teekanne 95 Pt.
- 3 Paar Tassen 95 Pt.
- 1 Waschbecken halbrund 95 Pt.
- 1 Kompottschale gross, gepresst 95 Pt.
- 1 Butterglocke geschliffen 95 Pt.
- 1 Käseglocke geschliffen 95 Pt.
- 1 Schale geschliffen 95 Pt.
- 1 Waschbrett 95 Pt.
- 1 Holztablett 95 Pt.
- 1 Mandelmühle 95 Pt.
- 1 Springform m. 8 Böden 95 Pt.
- 1 Elmer 95 Pt.
- 1 Gebäckkasten 95 Pt.
- 1 Messer rostfrei 95 Pt.
- 1 Alpaka-Besteck 95 Pt.
- 1 Ebenholz-Besteck 95 Pt.
- 1 Brotkorb vernickelt 95 Pt.
- 1 Krümelschneid. vernickelt 95 Pt.
- 1 Isoliertasche Alum. 95 Pt.

- 1 Knaben-Taghemd Grösse 40 bis 50 50 Pt.
- 1 Bästehalter gutstehende Form 50 Pt.
- 1 Milendecke weiss, Fond mit Blumenmuster, ca. 85/100 cm 50 Pt.
- 3 Taschentücher für Damen, weiss, farb. Hobisaum u. farb. Hobisaum 50 Pt.
- 1 Küchenhandtuch weiss, Dreilgig, m. rot. Kante, ca. 47/100 cm, ges. u. gebänd. 50 Pt.
- 1 Taschen-Neccessaire echt Leder, geschliff. Spiegel und Kamm 50 Pt.
- 1 Schreibeinri aus Rindled., Kirscht. f. Bleistift, Federhalt. 50 Pt.
- 1 Fl. u. KÖ'n.-Wasser 50 Pt.
- 1 Fl. Haarwasser 50 Pt.
- 1 Taschenzerstäub. 50 Pt.
- 1 Toilettespiegel 50 Pt.
- 1 guter Rasierpinsel 50 Pt.
- 1 guter Frisierkamm 50 Pt.
- 1 Instrument zur Nagelpolierg., weiss, Griff 50 Pt.
- 1 Tasse m. Goldhenk. 50 Pt.
- 1 Mokketasche mit Vollgoldhenkel 50 Pt.
- 1 Obstteller gross 50 Pt.
- 1 Sturzflasche Flora 50 Pt.
- 1 Käseglocke capr. 50 Pt.
- 1 Besteckkasten 50 Pt.
- 1 Vorratsdose für Zucker od. Kaffee 50 Pt.
- 1 Brotkorb 50 Pt.
- 1 Alumim.-Brotdose 50 Pt.
- 1 Messerstahl 50 Pt.
- 1 Gemüseschneider 50 Pt.
- 1 Solinger Besteck 50 Pt.
- 1 Obstmesser rostfrei 50 Pt.

Strumpfwaren	Trikotagen	Handschuhe
Damen-Unterziehstrümpfe reine Wolla m. kl. Fehlern 95 Pt. Damen-Strümpfe reine Wolla, oder Wolla mit künstlicher Seide 2 95 Damen-Strümpfe Wolla, mit künstlicher Seide, einfarbig 3 95 Kinder-Strümpfe reine Wolla, für 5-10 Jahre, Paar 1 95 Herren-Socken reine Wolla, gestrikt 1 95 Herren-Kaschmirsocken Wolla, gemustert 1 95	Unterziehschlüpfen für Damen, fein gewirkt, Baumwolle 50, 95 Pt. Unterziehemdchen für Damen, feine Baumwolle 95 Pt. Damen-Schlüpfen mit warmem Futter 1 45 Damen-Schlüpfen Kunstseide, mit warmem Futter 2 25 Herren-Hose wollgemischt 1 95, 2 95 Herren-Hemd gute wohlthaltige Qualität, mit Doppelbrust 3 45	Damen-Handschuhe schwedisch imitiert, mit Umachlagemaschine 95 Pt. Damen-Handschuhe Trikot, durchgehend gefüttert, mit 2 Druckknöpfen 1 95 Damen-Handschuhe reine Wolla, gestrikt 1 95 Damen Handschuhe Nappa, Stepper, mit 2 Druckknöpfen 3 90 Kinder Handschuhe reine Wolla, gestrikt 1 45 Herren-Handschuhe Trikot, durchgehend gefüttert, mit 2 Druckknöpfen 1 95

Kleiderstoffe	Damen-Wäsche	Herren-Artikel	Seidenstoffe
Melangen in Pastellfarben Meter 1 75 Travers moderner Jumperstoff Meter 1 85 Wollmusseline ca. 80 cm breit, mehrfarbige Druckmuster Meter 1 95 Woll-Crêpe de Chine doppeltbreit, in vielen Farben Meter 2 90 Tweed moderner Mantelstoff, ca. 140 cm breit Meter 5 90 Crêpe Lido-Bordüre ca. 120 cm breit, in schönen Farben Meter 6 90	Trägerhemd mit Spitze 1 95 Subi-Nachthemd weiss, mit farbiger Weste 2 95 Nachthemd mit Klappelapuze 2 75 Kunstfeibene Hemdhose moderne Farben 2 95 Kunstfeibenes Complet mit Spitzen garniert 4 90 Bjama farbiger Batist 5 90	Weisses Oberhemd mit Batist-einsatz 3 90 Beifal-Oberhemd gefütterte Brust, mit Kragen 4 90 Popelin-Oberhemd durchgehend 6 90 Herren-Nachthemd farbig besetzt, Hieselfelder Fabrikat 4 90 Selbstbinder in modernen Mustern 95 Pt., 1 90, 2 90 Herren-Wollhut neue Formen und Farbp. 4 90	Bastseide naturfarbig Meter 1 95 Rips-Façonné Kunstseide mit Baumwolle, haltbares Jacken- und Mantelfutter Meter 2 90 Toile de soie reine Seide, in Weiss und farbig, für Kleider und Wäsche Meter 3 50 Bastseide naturfarbiger Grund, mit neuartigen, farbig gestrikten Effekten Meter 3 90 Crêpe Georgette reine Seide, gute Kleider-Qualität, in neuen Farben Meter 5 90 Crêpe Satin reine Seide, in vielen Modelfarben Meter 8 50

HERMANN TIETZ

Leopold Gadiel

Das Haus für grosse Weiten

KÖNIG-STR. 22-26

Für Damen, die sich modisch kleiden wollen, enthält unsere **MODELL-ABTEILUNG** eine Fülle herrlicher **Abend- und Gesellschafts-Kleider** welche die neuen Linien, Formen und Stoffe der kommenden Mode in höchster Vollendung zeigen. — Diese glanzvollen Meisterwerke der Schneiderkunst barren ihrer Besichtigung!

Ungewöhnlich günstiges Angebot für die Frühjahrs-Saison!

Wundervolle Damen-Strümpfe aus edler Kunstseide, in erlesenen, zarten, modernen Farben, in riesenhafter Auswahl zu dem unglaublich niedrigen Preise von **2.-**

Frühjahrs-Mäntel aus modernsten Stoffen englischer Art. in ganz neuer Musterung aus Herrenstoffen, aus herrlichem Woll-Georgette und anderem hochwertigem Material. in den allerneuesten Formen und Farben zu ungewöhnlich niedrigen Preisen. Jede Dame sollte sich schon jetzt mit einem dieser hervorragenden Mäntel versehen. Winter-Mäntel für jeden Geschmack. für jede, auch die stärkste Figur in unerschöpflicher Auswahl zu denkbar niedrigsten Preisen.	Wundervolles Veloutine-Kleid in ganz hervorragender Qualität mit sehr apartem goldumrandeter Kragen- und Aermel-Auflage aus Crêpe Georgette, mit origineller, über die Hüften gehender Blasenverzierungsdevora und hinten in gestickten „Fliegen“ endigen. Gürtel mit schönem Strassgraffe und weitem modernem Glockenrock. Dieses durch seinen edlen Stoff und elegante Machart bestechende Kleid, kostet in allen Weiten vorrätig nur 49.-	Feines u. geschmackvoll. Kleid aus gediegenem Rips-Papillon, offen und geschlössen zu tragen, mit bestickter Kragen- und Manschettenauflage aus Crêpe-Georgette, a partier Knopfverzierung der Seitenteile, Gürtel mit Sehhalle und tief gelegten Falten des modernen vorderen Reckteiles, in allen Farben und auch in den größten Weiten vorrätig nur 29.-	Büdhübsches Frühjahrs-Kostüm aus schön gemusterten weichen Stoffen englischen Charakters. Das Jackchen ganz auf elegantem Futter, herrenmäßig verarbeitet, mit Taschen und Gürtel. Das sehr frisch wirkende Kostüm ist eine ideal schöne und praktische Kleidung für die Uebergangszeit; der liberale niedrige Preis beträgt nur 49.-	Backfisch- und Kinder-Mäntel in grösster Auswahl auferst preiswürdig Einsegnungs- und Prüfungs-kleider in schönen festlichen, modernen Formen ab 15.-	Strickwaren diese besonders gepflügten Kinder der Mode sind für die Uebergangszeit unentbehrlich — Strickjacken und Pullover in allen erdenklichen Ausführungen zu billigsten Preisen! Schönes Strickkleid aus wundervoll weichem Material, auch in den grössten Weiten vorrätig nur 22.-
---	--	---	---	---	---